№ 828. Freitag, den 8. Februar. 1861.

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Insertionsgebühr 1 Sgr. pro Petitzeile oder deren Raum. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Hübner; in Altona: Haasenstein u. Vogler; in Hamburg: J. Türkheim.

Danziger Zeitung.



Organ für West- und Ostpreußen.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem Oeconomie-Commissarius Franz Gottlieb Neumann zu Oppeln den Titel: Oeconomie-Commissions-Rath; und dem Vermessungs-Revisor Carl Louis Kuntz zu Merseburg den Titel: Rechnungs-Rath zu verleihen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Turin, 7. Februar. Die Piemontesen haben drei Pulver-Magazine in die Luft gesprengt und eine Seitencourtine der Citadelle von Gaëta zerstört. Der Platz hat einen acht und vierzigstündigen Waffenstillstand verlangt, um die Todten zu beerdigen. General Cialdini hat denselben bewilligt und die für Verwundete nothwendigen Gegenstände dem Platze zugeschickt.

Turin, 6. Februar. Gestern und vorgestern haben die piemontesischen Batterien zwei Pulvermagazine in Gaëta in die Luft gesprengt. Von den Belagerten wird das Feuer fortdauernd langsam erwiedert.

Paris, 7. Februar. Die Rede des Hrn. v. Schleinitz und die Abstimmung in der gestrigen Sitzung den preußischen Abgeordnetenhauses wirkten günstig auf die Börse.

Paris, 7. Februar, Morgens. Der heutige „Moniteur" meldet, daß am 2. d. Mts. der Vertrag unterzeichnet worden sei, durch welchen die im Fürstenthum Monaco gelegenen Städte Mentone und Requebrune an Frankreich abgetreten werden.

Wien, 7. Februar, Morgens. Die heutige „Wiener Zeitung" enthält den Ausweis über die Staats-Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1860. Nach demselben betrug die reelle Gesammteinnahme 302,800,000, die Gesammtausgabe 367,600,000 Gulden. Das Gesammtdeficit beträgt also 64,800,000 Gulden, mithin 21,610,000 weniger als im Jahre 1859.

Frankfurt a. M., 7. Februar, Nachm. In der heutigen Sitzung des Bundestages wurden die Ausschußanträge bezüglich Holsteins angenommen. Dänemark bestritt, indem es sich seine Rechte vorbehielt, für eventuelle Maßregeln die Competenz.

Paris, 6. Februar. Der heutige „Moniteur" theilt mit, daß in der gestern stattgehabten Sitzung der Legislativen ein Exposé der Lage des Kaiserreichs und der wichtigsten diplomatischen Dokumente aus dem Jahre 1860 niedergelegt worden seien.

Paris, 6. Februar. (H. N). Die Aussichten auf Erfolg der Verhandlungen über Abschluß eines französisch-deutschen Handelsvertrages vermehren sich.

Die Nachrichten aus Italien fahren fort, friedlich zu lauten.

Wien, 7. Februar, Abends. Die heutige „Oesterreichische Zeitung" enthält ein bei der türkischen Gesandtschaft eingegangenes Telegramm aus Mostar vom 4. d. Nach demselben haben Insurgentenbanden im Vereine mit Montenegrinern mehrere Dörfer des Districtes Niksikj in der Herzegowina überfallen und gegen die friedliche muselmännische Einwohnerschaft unzählige Grausamkeiten verübt. Eine zweite Horde hat den Hauptort Coriantitz überfallen, die Häuser verbrannt und ebenfalls gegen die muselmännischen Einwohner gewüthet.

London, 6. Februar, Nachts. In der heutigen Sitzung des Unterhauses vertheidigte Lord John Russell seine Italien betreffende Depesche vom 27. October und sagte, daß eine europäische Conferenz über die Rückkehr der französischen Truppen aus Syrien beschließen werde.

London, 6. Februar, Abends. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Washington vom 26. v. Mts., wurde das Arsenal von Georgia den Truppen der Union übergeben. Zu Charleston war die Bevölkerung mit der Haltung des dortigen Gouvernements unzufrieden und wollte Fort Sumter angreifen. Präsident Buchanan hat diesem Fort, sowie auch Fort Pickens Verstärkungen gesandt. Louisiana hat die Union verlassen.

Landtags-Verhandlungen.

11. Sitzung des Abgeordneten-Hauses, vom 7. Februar.

Die Tribünen sind weniger gefüllt. In der Hofloge der Prinz Friedrich Carl. In der Diplomatenloge die deutschen Gesandten. Am Ministertische die Herren Graf Schwerin, v. Bernuth, Graf Pückler, v. Patow, v. Schleinitz, v. d. Heydt, v. Auerswald, v. Bethmann-Hollweg.

Zur Specialdiscussion über das Alinea 13 (Bundeskriegsverfassung) übergehend, wird dieselbe zuerst über dies Alinea nach dem Entwurfe und über das Amendement Stavenhagen eröffnet, nachdem das Zoltowski'sche Amendement genügende Unterstützung gefunden hat. Das Wort nimmt Hr. v. Stavenhagen. Er bittet zuerst um Entschuldigung, daß er von hinten anfängt. Es kann bei seinem Amendement das Verhältniß zu Oesterreich nicht umgangen werden. Bezüglich der gestern vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten gethanen Aeußerung, worin er sein Bedauern aussprach, daß Hr. v. Vincke sich so unfreundlich über Oesterreich ausgedrückt, so wird Hr. v. Vincke wohl nur von der österreichischen Regierung gesprochen haben. Das österreichische Staatsschiff wird von dem Grafen Rechberg und Hrn. v. Schmerling geleitet; letztern hat Hr. v. Vincke gestern treffend charakterisirt, der Graf Rechberg trägt zwar den schwarzen Adlerorden auf der Brust, aber in der Brust ist es nicht anders geworden. Man scheint bei uns in Beziehung auf Oesterreich ein wenig leicht gläubig zu sein, ich sage leicht gläubig. Es soll zwischen den beiden deutschen Großmächten eine Uebereinstimmung in allen großen europäischen Fragen herrschen, von deutschen Fragen war dabei leider nicht die Rede. Preußen soll auch mit England in Uebereinstimmung sich befinden, also in der italienischen Frage herrschte (nach der „Preuß. Ztg.") das vollkommenste Einverständniß zwischen drei Großmächten, nach dem mathematischen Grundsatze, der in der Politik nicht anwendbar zu sein scheint. Ich habe keine offizielle Kenntniß über die jetzt statthabenden Verhandlungen betreffs der Bundes-Kriegsverfassungs-Revision; ich schwärme nicht für die preußischen Vorschläge, es fehlt da die Vorausschickung, was geschehen soll, wenn bei der Aufstellung des Bundesheeres eine der deutschen Großmächte ausfällt; es wäre besser, Alles beim Alten und es auf den Entschluß des Augenblicks ankommen zu lassen. Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche die Kriegsglocke gegen Frankreich geläutet haben, aber droht eine Kriegsgefahr, so droht sie uns von Frankreich, das fühlt jeder Deutsche und daher der allgemeine Ruf, daß Preußen die diplomatische und militärische Vertretung Deutschlands zu übernehmen habe; der Oberbefehl kann keiner bessern Hand übergeben werden, als der des Königs von Preußen, des Hortes von Deutschland. Der König fühlt sich als solcher, er hat es versprochen, er hat den Oberbefehl 1859 gefordert, er hat ihn fordern müssen, er wird ihn immer fordern müssen. Wer es gut meint, der stimme für unsern Vorschlag.

Herr v. Berg. Ich räume mit Vielen es ein, daß es nothwendig ist, Preußen nicht nur an die Spitze des deutschen Heeres zu stellen, aber gerade deshalb hat man sich bei den Verhandlungen über die deutsche Kriegsfrage zu hüten, sie nicht unter einem einzigen Gesichtspunkte zu beurtheilen. Die Kriegsverfassung bildet einen Theil der Bundesverfassung. Die Forderung nach einer Umgestaltung der Kriegsverhältnisse Deutschlands ist eine sehr allgemeine, aber wie will man andere Mächte in Deutschland zur befriedigenden Erledigung dieser Frage zwingen? — Der Patriotismus führt zu Vorurtheilen und Uebergriffen, aber auch Vorurtheile gegen Preußen verlangen Berücksichtigung. Wohl kann ich mit dem 2. Theil des Amendements v. Stavenhagen mich einverstanden erklären. Auch ich glaube, daß Preußen den deutschen Schwerpunkt bildet; aber, wollte man darum gleich Bedingungen sine qua non stellen, so würde man eine befriedigende Gestaltung der deutschen Frage nur gefährden. Preußen hat vor Allem erst sich allseitig selbst zu prüfen, dann aber muß es mit dem festesten Selbstvertrauen in die Verhandlungen eintreten. Um aber zu gutem Ziele zu gelangen, ist es erst nöthig, daß alle deutschen Staaten wahrhaft freisinnige Verfassungen erhalten. So lange aber Kurhessen, Mecklenburg und Anhalt in ihren jetzigen Zuständen verbleiben, bilden sie ein sehr störendes Moment für eine bessere Gestaltung Deutschlands. Da wir nun in der Adresse und in dem Amendement keinen Weg angeben, wie die bestehenden Uebelstände zu heben sind, so thun wir besser, die ganze Angelegenheit der Regierung zu überlassen. (Bravo!)

Herr v. Carlowitz (schwer verständlich): Die Einheitsbestrebungen dürfen nicht mit den Nationalitätsprinzipien verwechselt werden. Erstere haben eine Einigung desjenigen zum Gegenstande, was völkerrechtlich bereits einig ist; letzteres reclamirt die Einigung dessen, was fremden Staaten gehört. Das Nationalitätsprinzip kann nur dann zur Geltung kommen, wenn alle Staaten, auch die mächtigsten, dasselbe mit allen seinen Consequenzen zur Anwendung bringen. So lange dies nicht der Fall, muß man sich gegen die Verallgemeinerung dieses Prinzips erklären. England, das so für Italien geschwärmt, läßt es die Jonischen Inseln fahren? Ich habe noch nicht gehört, daß man Deutschland gerecht werden wolle und es hat doch auch schon deutsche Provinzen verloren, die Deutschland noch lieben. Zu den deutschen Einheitsbestrebungen zurückkehrend, so hat der deutsche Bundestag noch nichts dafür gethan. Unsere deutschen Bundesgenossen fordern preußische Kanonen, aber von Gegenleistungen ist nicht die Rede. Der Bundestag ist eine Fessel, und erst wenn diese Fessel abgestreift, dann wird Deutschland einig sein. Preußen ist aber auf Deutschland angewiesen und deutsche Interessen sind auch preußische Interessen. Mögen wir uns vor den vor 12 Jahren begangenen Fehlern hüten! Eine Nation, die es nicht wagt, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen, die die Einmischung des Auslandes fort und fort fürchtet, ist dieses Namens nicht würdig. Welche Macht würde sich denn auch den deutschen Einheitsbestrebungen widersetzen können? Nicht England, nicht Rußland, nicht Italien, nicht Oesterreich, obgleich es bis jetzt nichts für Deutschland gethan. Und Frankreich? Mit Frankreich allein nehmen wir es auf, da werden wir einig sein. Warum giebt man denn immer Frankreich die Rolle einer Klapperschlange? Was das Stavenhagen'sche Amendement betrifft, so kann man es dreist annehmen.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Freiherr von Schleinitz. Es ist heute und gestern auf Artikel in der „Preußischen Zeitung" Bezug genommen worden; ich habe die „Preuß. Zeit." nicht zu vertreten und fühle mich weder berufen noch verpflichtet, den Herren auf dieses Terrain zu folgen. Die Regierung hat bereits Veranlassung gehabt, sich über ihre Stellung zu den Reformbestrebungen in Deutschland auszusprechen. Auch die Regierung hält für das Interesse, die Machtstellung, die Sicherheit und Unabhängigkeit Deutschlands ein festeres Zusammenfassen der deutschen Nationalkräfte nach Außen im hohen Grade wünschenswerth; nur müsse dieses Werk auf streng gesetzmäßigem Wege und mit gewissenhafter Achtung fremder Rechte geschehen. Ihrerseits zu so umfassenden Reformen die Initiative zu ergreifen, würde die Regierung nur dann mit ihrer Würde und den Interessen Preußens vereinbar halten, wenn sie es mit sicherer Aussicht auf Erfolg thun könnte. Die Regierung hegt zu der Weisheit der deutschen Regierungen das feste Vertrauen, daß sich bei ihnen die Erkenntniß dessen, was Noth thut, immer mehr Bahn brechen werde, um so endlich das große Problem lösen zu können. Für jetzt ist es die nächste und erste Aufgabe der Regierung, den vaterländischen Geist, den Geist der nationalen Eintracht und Unabhängigkeit im deutschen Volke wach zu halten, es ist dies die Aufgabe der Regierungen nicht allein, sondern auch die jedes Vaterlandsfreundes. Die Regierung ist auf die Stärkung und Vermehrung der Mittel bedacht, welche Deutschlands Machtstellung in Europa sichern. Deshalb ist Preußen neulich mit Oesterreich über die hochwichtige Frage der Militärverfassung in Verhandlungen eingetreten, von denen ein günstiges Resultat zu hoffen ist, ein Resultat, welches seinen Grund aus der Nothwendigkeit schöpft, vorbereitet zu sein, um die große militärische Aufgabe zu lösen, welche früher oder später an Deutschland herantreten wird Mit dem Adreß-Entwurfe kann sich die Regierung einverstanden erklären; nicht so mit dem Amendement Stavenhagen, weil dasselbe weit über den Standpunkt der Regierung hinausgeht, weil dasselbe den beabsichtigten Zweck nicht nur nicht fördern, sondern auch wesentlich beeinträchtigen würde. Ueber den hochwichtigen Gegenstand, welchen dieses Amendement berührt, herrschen wesentliche Meinungsverschiedenheiten nicht blos unter den Regierungen und im Volk, sondern unter den besten einflußreichsten Männern Deutschlands. Dieser Antrag wird diese Gegensätze nicht mildern, nicht ausgleichen, er wird sie schroffer machen. In einem großen Theile Deutschlands herrscht nämlich eine große Abneigung gegen die Art der Lösung der hochwichtigen Frage, welche das Amendement vorschlägt. Ich besorge, daß man dasselbe als einen neuen Beweis preuß. Anmaßung auf das Gehässigste ausbeuten werde, während durch eine zurückhaltende wohlwollende Haltung man viel versöhnlicher und viel besser wirken könne. Bei der gegenwärtigen schwierigen Weltlage erscheint es mir nicht als der geeignete Augenblick, so umfassende Reformen vorzunehmen. Wenn man Eintracht will, darf man nicht Zwietracht säen, um Sturm zu ernten. (Bravo links!)

Herr Reichensperger (Geldern). Man behauptet, daß das deutsche Volk die vollständige deutsche Einheit erstrebe, ich aber glaube, daß dem nicht so sei, denn diese Einheit widerstrebt der Natur des Deutschen. Es mag sein, daß unklare Vorstellungen über Deutsch-

Stadt-Theater.

Frau Sämann de Paëz setzte gestern ihr Gastspiel in „Robert der Teufel" fort. Das gefüllte Haus lieferte den Beweis, daß die angekündigte,-allerdings nur kurze Verlängerung des Gastspiels dieser Sängerin bei dem musikalischen Publikum Sympathie findet. Die Isabella füllt nur zwei Acte dieser Oper, aber sie sind inhaltsschwer und von besonderer Schwierigkeit insofern, als die Sängerin sowohl Meisterin des kolorirten Gesangs (im zweiten Act), als Beherrscherin des dramatischen Gesanges (im vierten Act) sein muß. Und nach beiden Richtungen hin verlangt Meyerbeer Außergewöhnliches. Es trifft sich deshalb auch häufig, daß die Isabella im zweiten Act mit ihrer Koloraturfertigkeit Glück macht, während ihre Stimmdimensionen für die letzte Abtheilung ihres Wirkens nicht zureichen, und auf der andern Seite vernimmt man wieder das „Gnade, Gnade!" mit siegender Kraft, während die Virtuosität für die raffinirt schwierigen Arien nicht bedeutend genug ist. Frau Sämann de Paëz füllte nach beiden Richtungen hin die Rolle vollständig aus, ganz besonders aber excellirte sie durch ihre wirklich glänzende Bravour im zweiten Act. In der Regel sind die Isabella-Stimmen, sobald sie für den Part eine ausreichende Volubilität besitzen, von nur mäßigem oder kleinem Volumen und die Fertigkeit in Koloraturen beruht zum größten Theil auf dem leicht ansprechenden Kopfregister. Um so mehr imponirte das Vermögen der Künstlerin, mit vollem Brustorgan den ganzen reichen Schmuck der Meyerbeer'schen Arienmusik wiederzugeben. In der ersten Arie bewunderten wir namentlich jene Stelle in gebrochenen Dreiklängen, in rapider und höchst korrecter Ausführung, welche Meyerbeer der Klaviertechnik entlehnt zu haben scheint, um sie der Singstimme gewaltsam zu octroyiren. In der zweiten Arie waren es die brillanten Läufe, welche für die ausgezeichnete Virtuosität der Sängerin zeugte. Dabei war der Vortrag voll Energie und Feuer. Die imposante Persönlichkeit trug auch dazu bei, von der Prinzessin Isabella ein schönes Bild zu geben und ihr eine glänzende Aufnahme beim Publikum zu verschaffen. Herr Horn machte mit dem Robert im Ganzen einen günstigen Eindruck, weniger durch Schönheit des Gesanges, als durch die sehr schätzbare Routine, welche sich überall zu erkennen gab. Auch das Bestreben, da Maß zu halten, wo die Rolle zu einem starken Auftragen leicht verführt, bewahrte Herrn Horn vor absolut unschöner Tongebung. Wir glauben, daß der Sänger so auf richtigem Wege ist und daß es ihm bei fortgesetzter Vorsicht noch gelingen wird, sein angegriffenes Organ wesentlich zu verbessern und zu größerer Klangschönheit zu führen. Verständniß und Gefühl wurde bei der ganzen Leistung mit Befriedigung wahrgenommen. Frau Pettenkofer ist bekanntlich eine sehr gute Alice. Sie übte auch eine weise Herrschaft über ihr leicht überströmendes Organ aus, nur bei den Schlüssen rathen wir der tüchtigen Sängerin zur Mäßigung des Toneffects, besonders können wir das Hinüberziehen von einem Ton zum andern, als der Reinheit des Gesangstyls zuwider, nicht gutheißen. Herr Pettenkofer braucht für den Bertram noch gute Vorbilder, namentlich solche, die der Rolle dramatisches Interesse zu geben wissen und auch den Text verständlich aussprechen. Den Raimbaud sang Herr Winkelmann im Anfange mit einiger Unsicherheit, in dem Duett mit Bertram aber mit guter tonlicher und charakteristischer Wirkung. Den Ausfall des Turnierquartetts im zweiten Akt haben wir bedauert. Rühmend zu erwähnen ist Fräulein Scheller, welche die Helene in Mimik und Plastik ohne Prätension, aber wohlthuend durch graziöse Anmuth darstellte. Dabei war ihre Kunstfertigkeit im Tanz dem Auge sehr angenehm.

Markull.

Aus Holland. Ueber den Deichbruch bei Leeuwen berichtet die „Tiel'sche Zeitung", daß das ganze Land Maas und Waal mit 22 Dörfern überschwemmt ist; das Wasser steht bis an die Dächer der Häuser. Der Verlust von 62 Menschenleben bestätigt sich. Von allen Seiten eilte man zu Hilfe, denn Hunderte von Menschen, beraubt von Allem, saßen auf den Dächern der Wohnungen, die eben nur aus den Fluthen hervorragten, und sahen händeringend nach den Rettern aus. Man lebt jetzt in banger Besorgniß wegen des südlichen Maasdammes, welcher einen großen Theil von Nord-Brabant gegen die ganze Wassermasse der Waal und Maas schützt; ein Durchbruch desselben würde den Ueberschwemmungen auch nach jener Provinz hin eine erschreckliche Ausdehnung geben. Aus Arnheim wird uns vom 5. Februar Nachmittags telegraphirt: „Verschiedene Dammsenkungen bedrohen die Nieder-Betuwe und den Tielerwaard mit Ueberschwemmung. Das Waal-Eis steht noch von Tiel bis Gorkum fest und verursacht starke Wasser-Aufstauungen. Das Rhein-Eis steht von Wageningen bis Breeswyk, das Wasser fällt aber. Bei Arnheim ist die fliegende Brücke wieder in Thätigkeit."

lands Einheit vielfach vorliegen, über die Einheit in dem Herzen Europa's, ich aber behaupte, daß diese Einheit nicht bloß der Natur des Deutschen, sondern auch der gesammten Geschichte Deutschlands widerspricht. Zunächst bedürfe man doch für ein einheitliches Deutschland eines deutschen Kaisers, und noch sei er nicht da. Es scheine daher sicherer, daß die Einheit Deutschlands nur auf Wegen erreichbar sei, wie die Einheit Frankreichs, und das werde man doch nicht für wünschenswerth halten. Nach den vom Abgeordneten für Görlitz (v. Carlowitz) ausgesprochenen Ansichten, könne man sich wundern, daß die rechte Seite des Hauses dieselben unterstütze, obwohl sie nicht geeignet sind, das Ministerium zu stützen. Das Amendement könne daher keine Bedeutung haben, da es bekannt sei daß die Staatsregierung ihren Sinn nicht theile und es sei daher zu erwarten, daß das Hohe Haus das Amendement Stavenhagen ablehnen werde. —

Herr v. Blankenburg. Meine Herren! Sie mögen sich wundern, daß auch ich in einer auswärtigen Frage das Wort ergreife, aber ich halte mich dadurch als entschuldigt, daß diese Frage auch unser engeres Vaterland innig berührt. Herr v. Carlowitz hat bemerkt, daß es noch immer Leute gebe, welche die einheitliche Gestaltung Deutschlands von einem Bundestage erwarten; ich entgegne, daß eine Einigung Deutschlands von vielen Leuten nur auf dem Wege des Staatenbundes erwartet werde. Betreffend den Inhalt des vorliegenden Amendements, so steht er dem Gedanken des gestern vom Hause angenommenen sehr nahe. Beide erscheinen mir gleich unbedeutend, aber auch gleich bedeutend. (Der Redner geht auf eine Kritik des gestern angenommenen Amendements näher ein, wird aber vom Präsidenten an dieser Fortsetzung behindert.) Der Schluß des vorliegenden Amendements müsse die Anerkennung des Grundsatzes der Nationalitäten unterstützen, und das sei es, was dem Antrage große Bedeutung gebe. Der Antrag gehe auch darauf hinaus, Oesterreich das zu verweigern, was es von Deutschland zu verlangen berechtigt sei. Ich hoffe und erwarte, daß Oesterreich keine Wege mehr gehen werde, die deutsche Interessen gefährden, wolle man aber versuchen, Oesterreich aus Deutschland heraus zu maßregeln, dann werde man sich bald vom traurigen Irrthume überzeugen. Der Redner glaubt, daß Deutschland mit einem Parlament auf demokratischer Grundlage Oesterreich nur dahin unterstütze, um so schneller zu eigener Einigung und Stärkung zu gelangen. Gefährde man also nicht Deutschlands wahre Interessen in einer Zeit, die so viel Stoff biete, erinnere man sich vielmehr, daß eine deutsche Fürstentochter in diesem Augenblicke in Gaeta Beweise eines hohen Muthes giebt zu deutscher Ehre, und bedenke man endlich, daß nur auf friedlichem und gesetzlichem Wege eine ersprießliche Einheit Deutschlands zu erzielen sei (Bravo! links!)

Herr Burghardt ist nicht der Meinung des Abg. v. Blankenburg in Betreff des gestrigen Beschlusses. Wir haben nicht dem Nationalitätsprinzip zustimmen wollen; wir wollen nur anerkennen, daß die preußische Politik eine strenge Neutralität zur italienischen Frage innehalten — daß Preußen versuchen müsse, eine friedliche Lösung derselben herbeizuführen, daß eine Consolidirung Italiens ein deutsches Interesse ist. In Betreff der deutschen Frage sind wir gewiß alle in der Sache einig, aber dem mildern Ausdruck in der Adresse ist der Vorzug vor dem Amendement zu geben. Kommt die Sache auf das Terrain des Programms, so wird die Lösung schwierig.

Herr v. Vincke (Hagen) tritt den Anschauungen des Herrn Reichensperger entgegen, was Deutschland und den Bundesstaat betrifft, und auch seine frühere Haltung. Zur Sache selbst und bezüglich des Amendements ist es nicht Aufgabe der Kammer, der Regierung zu sagen, wie sie die große Sache zu regeln hat; das ist Sache der Regierung. Fällt der Versuch, den Oesterreich jetzt macht, was nicht wahrscheinlich, glücklich aus, so wird der deutschen Einheit ein noch größeres Hinderniß als jetzt bereitet; denn der Dualismus ist ein Unglück. Der Herr Minister von Schleinitz möge doch an die Würzburger Beschlüsse denken — sind die geeignet, Vertrauen zu erwecken? Ich glaube, der Herr Minister selbst hat dieses Vertrauen nicht. Die Gegner des Amendements stellen sich auf den Standpunkt Süddeutschlands, aber die Norddeutschen sind doch auch da und gerade gegen die Vorwürfe, die Preußen gemacht werden, ist das Amendement gerichtet. Erst wenn wir in äußerster Noth sein werden, wird es zu einer Einheit kommen, aber man kann doch jetzt schon sagen, worauf unsere Bestrebungen gerichtet sind. Wenn der Minister nicht erklärt, daß mit Annahme des Amendements eine Gefahr dem Vaterlande erwächst, so stimme ich für dasselbe.

Der Minister des Auswärtigen, Herr v. Schleinitz. Der Regierung würde die Annahme des Amendements in hohem Grade unerwünscht sein; eine Gefahr würde allerdings daraus nicht erwachsen, aber ich meine doch, daß das Haus die von mir entwickelten Gründe würdigen und berücksichtigen könnte.

Herr Matthis (Barnim) hält eine Zurückhaltung in der Sprache, Kraftentwickelung in der Handlung für nothwendig, wünscht eine Berücksichtigung der Worte des Ministers und dringt auf Verwerfung des Amendements.

Herr v. Berg. An der Kaiseridee wird die deutsche Einheit scheitern. Der Redner erinnert zunächst an die vergeblichen Bestrebungen nach deutscher Einheit in Frankfurt und Erfurt und geht dann auf die Bundesgenossenschaft Preußens ein. Man habe eine solche als eine natürliche mit England bezeichnet; ich glaube aber, daß es nicht schwer sei, ebenso eine Natürlichkeit der Bundesgenossenschaft zwischen Oesterreich und England nachzuweisen. Ich habe zugegeben, daß Preußen an die Spitze Deutschlands zu treten habe, denn es ist der Schwerpunkt Deutschlands; aber die Zeit dazu wird erst dann eingetreten sein, wenn der österreichische Antagonismus gegen Preußen gehoben ist. Betreffend den bestehenden deutschen Bund, so sei derselbe ein Recht, ein Eigenthum des deutschen Volkes, denn seine Schöpfung ist ein Ausfluß fürstlicher Zusagen auf die Opfer, die das deutsche Volk gebracht. Für die deutschen Fürsten ist also der Bund eine Pflicht. Man könne zugeben, daß der Bund, aus dem Verein absoluter Staaten hervorgegangen, wenig anerkennenswerth sei, aber ich bestreite bestimmt, daß aus den constitutionellen Staaten Deutschlands ebenso Unvollkommenes hervorgehen müsse. Schließlich weist der Redner auf den Unterschied zwischen den beklagenswerthen italienischen und preußischen socialen Zuständen hin; jene seien mangelhafter in Folge autonom-communaler Zersplitterung, während diese ihre bessere Entwickelung gefunden haben durch das absolute Preußen. (Bravo! links.)

Herr v. Stavenhagen: In meinem Antrage liegt kein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium, aber in Folge der Aeußerung des Ministers ziehe ich mein Amendement zurück.

Freiherr v. Hoverbeck nimmt dasselbe wieder auf.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Herren Reichensperger (Geldern), v. Carlowitz, nimmt der Berichterstatter das Wort, um sich gegen den Antrag zu erklären. Wir wollen auch den Bundestag so, wie ihn der Antrag will, aber was wir nicht wollen, das ist die Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland. Der Redner erwähnt der in Eßlingen gehaltenen Versammlung und der auf derselben entwickelten Doctrinen, namentlich in Betreff Oesterreichs. Für eine unmittelbare Lösung der deutschen Verfassungsfrage ist der Augenblick noch nicht gekommen. Der Bundestag als solcher ist von keiner politischen Bedeutung, denn er ist nur ein Collectivbegriff der deutschen Regierungen; der Bundestag ist also nichts, was man hassen oder lieben könnte. Die Bundesversammlung ist nicht die Erbin der provisorischen Centralgewalt, sie ist die Reactivirung der Alten, sie hat kein Recht, Beschlüsse zu fassen, ohne die Zustimmung der einzelnen Landesvertretungen. Wenn der österreichische Volkssinn sich ferner so constituirt, daß er eine Verfassung hat, die mit der deutschen Verfassung harmonirt, so hat er ein Recht, in den deutschen Bund einzutreten; aber die österreichische Regierung nimmt diesen deutschen Standpunkt nicht ein, ihre Interessen sind keine rein deutsche, und da hat Oesterreich kein Recht zum Zutritt, denn das deutsche Volk ist dazu nicht da, die Interessen der österreichischen Regierung zu vertreten. Der Tag wird kommen, an dem das deutsche Volk sich constituirt und den Platz einnimmt, der ihm gebührt. (Bravo! rechts).

Bei den folgenden namentlichen Abstimmungen über das Amendement Stavenhagen erklären sich nur die Abgg. Ancker, Aßmann, v. Bargen, Behrendt (Danzig), Berger, v. Diederich, Diesterweg, v. Forckenbeck, Gräser, v. Guttry, Häbler, Hinrichs, Housselle, v. Hoverbeck, Immermann, Kießling, Klotz, Kuhlwein, Larz, Leue, Mende, Dr. Morgen, Müller, Natorp, Pannier, Peterson, Quasowski, Reichenheim, Richter (Königsberg), Richter (Arnswalde), Ritter, Schöller, Schömann, Stephan, Stielke, Thiel, Waldeck, Dr. Wägeler für dasselbe, überhaupt nur 41 Stimmen und 261 Stimmen gegen dasselbe. Es wird die Debatte hierauf wieder aufgenommen und zwei über das zu Alinea 13 gestellte Amendemant Zoltowsky.

Hr. v. Zoltowsky spricht über die Stellung preuß. Unterthanen polnischer Nationalität und über ihre Rechte, wie das in ähnlicher Weise auch von andern polnischen Abgg. geschehen. Er knüpft daran die Versicherung, daß er und seine Landsleute keine Gelegenheit vorübergehen lassen würden, ihre nicht befriedigten gerechten Forderungen immer wieder zur Sprache zu bringen. Die Anführung des H. Min. des Innern aus dem Besitzergreifungspatent: daß die poln. Sprache neben der deutschen gebraucht werden solle, läßt ihn schließen, daß die herrschende Sprache im Großh. Posen die deutsche sein solle und die polnische nur neben ihr geduldet werde, was er weder im Rechte, noch in der Natur der Verhältnisse des Großhrzgt. als begründet erachten könne. Einem Jeden das Seine zu gewähren, sei ein schöner Grundsatz, so heilig, wie das Gebot: „Du sollst nicht tödten". Ob aber diesem Grundsatze entsprechend in Posen von der Regierung immer gehandelt sei, das wolle er nur als eine gewichtige Frage hinstellen. (Der Redner ist zweimal vom Präsidenten aufgefordert worden, sein Urtheil über das preußische Obertribunal zu mäßigen mit dem Hinweise, daß er ein Drittesmal die Entscheidung des Hauses einholen müsse, ob ihm nicht das Wort zu entziehen sei. Vieles von der Rede war nicht zu verstehen.)

Hr. v. Schleinitz (Chodziesen), kann es sich erklären, daß unter den polnischen Bewohnern der Provinz Posen es Manche gebe, welche sich zu dem deutschen Elemente im Gegensatz befinden. Aber die Herren Polen hier im Hause seien doch gute Preußen, denn sie haben dem Könige von Preußen und der Verfassung Treue geschworen und von ihrer Ehrenhaftigkeit läßt sich erwarten, daß sie diesen Schwur halten. Wenn die Polen anderswo mit der Gerechtigkeit und Nachsicht behandelt würden, wie im Großherzogthum Posen, so würden sie es anerkennen und wenn die Polen im Großherzogthum behandelt würden, wie im „Königreich" Rußland, dann gäbe es im Posen'schen keinen polnischen Gutsbesitzer mehr. Es sei der entscheidenste Grund für die Gereiztheit mancher Polen der, daß die Provinz nicht mit dem Schwerte, sondern im Frieden mit dem Pfluge und der Industrie erobert worden, und so ist denn auch der polnische Bauer mit der preußischen Regierung sehr zufrieden, denn der polnische Bauer ist nicht dumm, sondern sehr klug. Wenn die Polen aber glauben, daß sie die Provinz Posen jemals wieder polnisch machen können, so irren sie sich; die Deutschen würden dagegen kämpfen mit ihrem letzten Blutstropfen. Der Redner weist darauf durch Einzelnheiten nach, daß die Polen im Gebrauch der polnischen Sprache keineswegs beschränkt werden. Wenn ein polnischer Bewohner Posens an eine Behörde in polnischer Sprache schreibt, so wird ihm in derselben Sprache geantwortet, selbst wenn die Behörde überzeugt ist, daß der Betreffende gut deutsch schreibt. In der Verwaltung, im Gericht, in der Kirche sei der polnische Bewohner der Provinz Posen keineswegs gedrückt und lasse sich weit eher behaupten und nachweisen, daß die nicht deutschen Evangelischen in der Provinz, die zur Erhaltung der katholischen kirchlichen Bedürfnisse beitragen müssen, nachtheiliger gestellt sind, als die Polen. Auch sei für das Bildungswesen in Posen durchaus nach Bedürfniß gesorgt, und eine preußische Regierung, die in Posen noch ein polnisches Gymnasium zuließe, müsse blind sein. Es können Beläge dafür gebracht werden, daß die Regierung das Germanisiren eher vernachlässigt, als übertreibt. Der Redner fordert schließlich die Polen auf, die Hand anzunehmen, die mit offenem Herzen von den Deutschen ihnen geboten wird, damit endlich die künstliche Aufregung in der Provinz Posen aufhöre und statt ihrer Frieden einkehre.

Der Minister des Innern. Die Rede des Hrn. v. Zoltowski trug nach meinem Gefühl den Charakter des innersten, tiefsten Schmerzes, und ich finde es, vom menschlichen Standpunkte aus, nicht geboten, zu antworten, da es zur Aufklärung der Sache selbst nichts beiträgt. Aber ich warne Sie: mögen Sie sich hüten, nicht Geister herauf zu beschwören, die Sie, einmal herauf beschworen, nicht mehr bannen könnten, und womit Sie unsägliches Ungemach wider Ihren Willen bereiten würden. Es ist nicht Sache der Regierung, mit Wollust in Wunden herumzuwühlen, es ist nicht ihre Absicht, Oel ins Feuer zu gießen; wenn also die kommenden Redner denselben Ton, wie Herr v. Zoltowski anschlagen, so werde ich mich nicht weiter in die Debatte mischen, da das Amendement doch keine Aussicht hat, angenommen zu werden.

Ein Antrag auf Vertagung wird, nach persönlichen Bemerkungen des Hrn. v. Bentkowski auf Guttry angenommen und die Sitzung geschlossen. Morgen soll die Discussion fortgesetzt werden.

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. Es ist gestern im Laufe der Debatte eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes erwähnt werden. Wir erfahren, daß das Ministerinm sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt und jeder Minister ein schriftliches Gutachten abgegeben hat. Am entschiedensten sollen sich die Minister v. Schwerin und v. Patow für die Dringlichkeit eines solchen Gesetzes ausgesprochen haben. Auch Herr v. Roon soll es für nothwendig halten, aber er glaubt den Zeitpunkt zur Vorlage noch nicht gekommen.

— Der General-Lieutenant, General-Adjutant Sr. Majestät des Königs und Commandeur der zweiten Infanterie-Divisinn der Garde, v. Bonin, der mit der Anzeige der Thronbesteigung in Brüssel beauftragt war, soll Chancen haben, dieselbe Mission für Turin zu erhalten; da diese gegen die Mitte Februar in Turin eintreffen dürfte, so ist schon aus der Zusammenstellung der Daten ersichtlich, daß selbst nach der Proclamirung des Königreichs Italien eine Abberufung des preußischen Gesandten nicht in Aussicht steht.

— Die Commission für das Gemeindewesen hat ihren ersten Bericht über Petitionen (8 an der Zahl) erstattet (No. 25 der Denkschrift.)

1) Bürgermeister und Stadtverordnete der Westphälischen Stadt Varburg bitten: das Haus möge bei der Staatsregierung dahin wirken, daß den Beschwerden der Hausbesitzer bezüglich der Einquartierungslasten auf irgend eine Weise Abhilfe verschafft werde, entweder durch Kasernenbauten und einstweilige Zahlung eines höheren Servises aus der Staatskasse oder durch Erlaß eines Gesetzes für Westphalen, wodurch die Ausgleichung der Einquartierungslast aus Provinzialfonds — etwa nach Maßgabe des dem rheinischen Landtage vorgelegten Entwurfes — angeordnet werde.

Die Commission erkennt die Einquartierung als eine allgemeine Staatslast an. Die vor 1850 normirte Servis-Vergütigung sei in solchem Grade unbedeutend, daß sie auch nicht annähernd als eine Vergütung zu bezeichnen sei. Eine der Belästigung entsprechendere Entschädigung dürfe um so mehr beansprucht werden, als die Communen außer dem Naturalquartier noch zu anderen Leistungen für die Truppen herangezogen würden, für die sie eine unzulängliche Entschädigung erhielten. Der Vortheil, den eine Garnison bringe, sei oft von zweifelhaftem Werthe und komme in der Regel nur einzelnen Klassen der Einwohner zu Gute. Die Commission verwarf demnächst mit 8 gegen 5 Stimmen eine motivirte Tagesordnung und beschloß, dem Hause den Antrag zu empfehlen: die Petition, in der Erwartung, daß der Gegenstand einer allgemeinen, der Natur der Einquartierung als Staatslast und der richtigen Bemessung einer den belasteten Communen zu gewährenden Entschädigung entsprechenden gesetzlichen Regelung zugeführt werde, der Königl. Staatsregierung zur Abhilfe zu überweisen. (Berichterstatter Hr. Delius.)

2) Acht Ortsrichter und Lehnschulzen-Gutsbesitzer aus verschiedenen Gemeinden tragen in einer aus Zeckerin bei Sonnenwalde vom 14. Januar d. J. datirten Petition darauf an: das Haus der Abgeordneten wolle dahin wirken, daß baldmöglichst im Wege der Gesetzgebung die mit den Lehn- und Erbschulzengütern verbundenen Rechte und Pflichten in Beziehung auf die Verwaltung des Schulzen-Amts aufgehoben werden. Die Commission trägt einstimmig an: das Haus der Abgeordneten wolle die vorliegende Petition der Königl. Staats-Regierung mit der bestimmten Erwartung übergeben, daß, wenn nicht in der nächsten Legislatur-Sitzung die wiederholt beantragte Landgemeinde-Ordnung vorgelegt werden könne, so doch wenigstens ein Gesetz, betreffend die Regulirung der gutsobrigkeitlichen Gewalt und die Bestellung der Gemeinde-Vorstände vorgelegt werde. (Berichterstatter Herr v. Diederichs.)

Die übrigen Petitionen haben kein prinzipielles Interesse.

— Der Entwurf eines Gewerbe-Gesetzes, welchen die Abgg. Müller (Demmin) und Reichenheim vorgelegt haben, verlangt im § 1: Die Titel II—X der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Jan. 1845; die Verordnung vom 9. Febr. 1849, betreffend die Errichtung von Gewerberäthen und verschiedene Abänderungen der Allg. Gewerbe-Ordnung; das Gesetz vom 5. Juni 1852, betreffend den Handel mit Garnabfällen, Enden und Dräumen von Seide, Wolle, Baumwolle und Leinen; das Gesetz vom 3. April 1854, betreffend die gewerblichen Unterstützungskassen; das Gesetz vom 15. Mai 1854, betreffend einige Abänderungen der Gewerbe-Ordnung vom 17. Jan. 1845 und der Verordnung vom 9. Febr. 1849, wegen Errichtung von Gewerberäthen; das Gesetz vom 7. Mai 1856, betreffend die Einführung der für die älteren Landestheile geltenden Bestimmungen über die gewerblichen Unterstützungskassen in den Hohenzollernschen Landen — werden aufgehoben. An die Stelle dieser gesetzlichen Bestimmungen treten die nachfolgenden Vorschriften: Titel I. Bedingungen des Gewerbebetriebes. Der § 2 sagt: Jeder dispositionsfähige Angehörige des preußischen oder eines andern deutschen Bundesstaates ist, vorbehaltlich der Ausnahmebestimmungen in den §§ 3—26 dieses Gesetzes, zum selbstständigen Betriebe eines oder mehrerer Gewerbe in Preußen berechtigt. Den Angehörigen außerdeutscher Staaten kann der Gewerbebetrieb in Preußen durch die Ministerien gestattet werden. Hinsichtlich des Gewerbebetriebes der Ehefrauen und der unter väterlicher Gewalt stehenden Personen bewendet es bei den allgemeinen civilrechtlichen Vorschriften. Wird ein Gewerbe durch einen Stellvertreter betrieben, so muß dieser den für den selbstständigen Gewerbebetrieb im Allgemeinen und den für das betreffende Gewerbe etwa vorgeschriebenen besonderen Erfordernissen genügen. — Wir kommen darauf zurück.

— Die „Hamb. Nachr." erwähnen eine vor Kurzem den preußischen Gesandtschaften von Berlin aus zugegangene preußische Denkschrift, welche die Schleswig'sche Sprachfrage behandelt. Die Denkschrift hebt hervor, wie das von der dänischen Regierung in Bezug auf das Herzogthum Schleswig den gegebenen Zusagen zuwiderlaufende, der deutschen Nationalität feindselige System gerade in der Sprachsache seinen prägnantesten Ausdruck finde, die Sprachsache daher der Kern der ganzen Schleswigschen Frage sei, und in dieser für deutsche Regierungen zugleich das Mittel liege, auch auswärtigen Mächten die Ueberzeugung zu geben, daß es sich bei einem Vorgehen gegen Dänemark in der That nur um einen „von der Selbstachtung im höchsten Grade gebotenen Akt der Nothwehr" handle. Denn, wenn es darüber, was unter einem „wohlgeordneten Ganzen" zu verstehen sei, zu dem nach der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 die einzelnen Theile der dänischen Monarchie vereinigt werden sollen, mehrerlei Meinung geben könne, so sei darüber nur eine Meinung möglich, daß unter der zugesagten Gleichberechtigung und dem kräftigen Schutze beider Nationalitäten eine systematische Unterdrückung der deutschen Sprache und Bevölkerung, die beide im Herzogthume Schleswig die überwiegende sind, nicht verstanden werden sollte.

— Nach gestern Abend aus Emmerich eingegangenen Nachrichten ist der Personenverkehr auf den niederländischen Bahnen wieder hergestellt und werden demzufolge wieder Billets über Emmerich hinaus verkauft.

— Ein Criminal-Polizeibeamter hat sich nach London begeben, um den nach zahlreichen Wechselfälschungen flüchtig gewordenen Banquier Fuchs aufzusuchen. Gestern fand man den Vater des Flüchtigen, dessen ganzes Vermögen durch den Betrug des Sohnes verloren gegangen, in seiner Wohnung erhängt.

— Es war heut das Gerücht verbreitet, der Polizei-Präsident Freiherr v. Zedlitz habe von dem Freiherrn v. Vincke wegen der in der vorgestrigen Sitzung gemachten Aeußerungen persönliche Genugthuung gefordert; wir wollen dies Gerücht nicht verbürgen.

Aus Thüringen, 5. Februar. Unsere Presse entwirft die traurigste Schilderung von dem Nothstande der industriellen Bevölkerung des Thüringer Waldes. Der Export nach Amerika habe in Folge der dortigen politischen Zustände fast ganz aufgehört, eben so der nach Oesterreich und Italien. In Folge davon entließen viele Fabrikanten ihre Arbeiter, die nun mit ihren Familien der bittersten Noth preisgegeben sind. Von den 9 Staaten, welchen der Thüringer Wald gehört, habe bis jetzt nur Preußen Ermittelungen über den Nothstand angestellt und entsprechende Hilfe gewährt, und Rudolstadt die Noth wenigstens durch Ankauf von Kartoffeln und billige Ablassung derselben gemildert. Aufforderung genug auch für die übrigen Regierungen, nicht zurück zu bleiben. — Der Herzog von Meiningen hat zu Ehren des hundertjährigen Geburtstages seines Vaters und Regierungsvorgängers, Herzogs Georg, gestern dem Ministerium eine Summe von 10,000 Fl. zur Herstellung eines Siechenhauses für alte, kranke, gebrechliche Leute, welche in ihren Gemeinden die gehörige Pflege nicht erhalten, überwiesen.

Wien, 5. Februar. (Schl. Z.) Lange erwartet und doch momentan überraschend erscheinen heute die Ernennungen in der „Wiener Zeitung." Daß Graf Rechberg im Cabinet bleibt, war nach den wiederholten Dementis, welche die „Donau-Zeitung" in den letzten Tagen entgegengesetzten Gerüchten gab, zu erwarten. Baron Pratobevera, der neue Justizminister, war zuletzt Sections-Präsident im obersten Gerichtshofe und genießt den Ruf eines liberalen, dem politischen Bekenntnisse Schmerlings huldigenden Mannes. Graf Wickenburg, ehedem Statthalter von Steyermark und dann Präsident des Verwaltungsrathes der Westbahn, hat sich in diesen und zahlreichen anderen Ehrenämtern werthvolle practische Kenntnisse für den Ressort erworben, dessen oberste Leitung ihm nunmehr übertragen worden ist. — Gegenwärtig weilt hier eine aus 17 Mitgliedern bestehende dalmatinische Deputation mit dem Anliegen, daß über die Vereinigung des Königreichs Dalmatien mit Kroatien und Slavonien nicht entschieden werde, bevor der dalmatinische Landtag nicht in dieser Frage seine Meinung ausgesprochen habe. Die Deputation dürfte in diesen Tagen vom Kaiser empfangen werden.

England.

London, 6. Februar. (Telegraphisch bereits auszüglich mitgetheilt.) Im Oberhause fand gestern nach der feierlichen Eröffnung des Parlaments die Adreß-Debatte statt. Der Earl von Derby stellte einen Vergleich an zwischen der mageren englischen und der inhaltreichen französischen Thronrede, und verlangte Erklärungen über die Finanzlage, so wie über die Beziehungen zu Frankreich in Betreff der syrischen und italienischen Frage. Er sprach die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens aus, meinte jedoch, der Friede hänge lediglich von dem Kaiser Napoleon ab, dessen Thronrede nicht beruhigend laute und dessen Flot-

tenrüstungen England bedrohten. Earl Granville erwiederte, die Frankreich gegenüber von England befolgte Politik basire weder auf blindem Vertrauen, noch auf Mißtrauen. Die allgemein auf dem Festlande herrschende Aufregung werde hoffentlich bald verschwinden. Die Adresse ward schließlich genehmigt.

Frankreich.

Paris, 5. Februar. Die englische Thronrede hat hier einen beunruhigenden Eindruck hervorgebracht. Das vollständige Schweigen über alle inneren Fragen erklärt man sich durch die dem Ministerium sich aufdrängende Ueberzeugung, daß die auswärtigen Beziehungen mehr als je die vollkommene Einigkeit der Nation über innere Angelegenheiten nothwendig machen. Die gestrige Rede des Kaisers erscheint, unter dem Eindrucke der englischen Thronrede, heute auch etwas weniger friedlich. General Willisen soll jedoch, wie man vernimmt, bessere Eindrücke von hier mitgenommen haben, als er mitgebracht hatte. Das „Exposé" der allgemeinen Situation soll ein sehr umfangreiches Werk sein. Es bildet mit den ihm beigefügten Documenten eine Art kleines Blaubuch, wenigstens an Seitenzahl. Der „Moniteur" wird mit Veröffentlichung desselben beginnen. Die Rede des Herrn von Morny wird heute Abends schon von einigen Journalen mitgetheilt. Man scheint sie wohl nicht als einen integrirenden Bestandtheil der Sitzung zu betrachten, da sie sonst nicht außerhalb des Sitzungsberichtes gegeben werden dürfte. — Die Geschenke der chinesischen Armee für den Kaiser sind angekommen. Sie wurden gestern Abends von Herrn v. Campenon in den Tuilerien aufgestellt und sollen über alle Beschreibung prachtvoll sein.

— Die neue Geschäfts-Ordnung enthält einige Neuerungen, welche nicht eine Consequenz des Decretes vom 24. November sind, aber eben deshalb besonders hervorgehoben zu werden verdienen. Früher war zur Gültigkeit einer Abstimmung im Senat die Anwesenheit der größeren Hälfte aller Mitglieder erforderlich; jetzt genügt es, wenn nur mehr als ein Drittel anwesend ist. Eine andere Neuerung ist die, daß der gesetzgebende Körper sich jetzt seine Secretäre selber wählen darf; Präsident und Vice-Präsident werden ihm freilich nach wie vor vom Kaiser selber ausgesucht

— Das Urtheil des Journal des Debats über die Thronrede des Kaisers ist das gerade Gegenstück zu dem der Times. Die Thronrede — sagen die Debats — würde einen günstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung machen. Der Kaiser habe sich liberaler gezeigt, als die Mehrzahl seiner Diener. Die bewilligten Freiheiten seien dankenswerth. Auch die Aeßerungen über die auswärtige Politik haben den Beifall der Debats. Die Thronrede sei aufrichtig friedlich (franchement pacifique.)

— Die Abtretung von Mentone und Roquebrune an Frankreich ist eine fertige Geschichte. Der Fürst von Monaco, Honoré IV., bekommt 4 Millionen Fr. und wird Senator von Frankreich; die Stadt Monaco mit 3000 Einwohnern verbleibt ihm als Eigenthum und führt er den Souverain-Titel fort. Gestern ist der Vertrag hier unterzeichnet worden.

Italien.

Turin, 3. Februar. Wir beginnen heute mit einer Nachricht, die zu melden uns zu großem Vergnügen gereicht. Graf Brassier de St. Simon, der preußische Minister am hiesigen Hofe, wurde heute vom König empfangen, um diesem das Beglaubigungsschreiben Wilhelm's I. zu überreichen. Diese Thatsache widerlegt alle Gerüchte von einer angeblich in Berlin beaäsichtigten Abberufung des preußischen Gesandten. Es ist mir auch vergönnt gewesen, einen Blick in ein vertrauliches Schreiben von della Marmora zu werfen, worin der General seine volle Zufriedenheit mit der Aufnahme in Berlin ausspricht. Preußen wird also, wir dürfen uns dieser Hoffnung hingeben, keine Haltung annehmen, welche im Widerspruche mit der öffentlichen Meinung und, wir glauben es, auch mit den Interessen Deutschlands wäre. Die hiesige Regierung, welche über drei Viertel der Parlaments-Mitglieder zu verfügen hat, wird, wenn wir gut unterrichtet sind, das Ihrige thun, um Preußens Stellung zu erleichtern. — Es wird von einer Note gesprochen, welche Cavour an die deutschen Höfe zu richten beabsichtige, worin er erklärt, Sardinien sei fest entschlossen, keinen Angriff auf Venetien zu unternehmen, noch einen solchen durch die Privat-Initiative zu dulden.

— Aus Rom wird gemeldet, daß General Goyon französische Truppen zur Besetzung von Correse abgesandt hat. Die päpstlichen Zuaven haben sich nach Monterado zurückgezogen. Der Papst hat beschlossen, die von Herrn v. Becdelièvre gemachten Gefangenen, mit Ausnahme der Römer, auszuliefern.

— Die neuesten römischen Depeschen über römische und neapolitanische Vorgänge lauten: Aus Rom, 3. Februar, wird dem Reuter'schen Telegraphen-Bureau gemeldet: „Trotz der entgegengesetzt lautenden Befehle, welche Graf v. Merode ertheilt, hat der Papst seine Soldaten nach Rom zurückberufen. Die Reaction in den Abruzzen war von dem Grafen Trapani und dem Grafen Merode organisirt worden. 15,000 Piemontesen marschiren in diesem Augenblicke durch Umbrien ins Neapolitanische. Die nach Gaëta geschickten spanischen Schiffe wurden vom Admiral Persano zurückgetrieben." Eine neapolitanische Gesandtschafts-Depesche aus Rom vom 5. Febr. lautet: „Laut neapolitanischen Berichten vom gestrigen Tage ist das Feuer von Gaëta noch immer lebhaft, und die Piemontesen erwidern dasselbe mit gleichem Nachdrucke. Ein Dampfer ist bei Nacht von Gaëta ausgelaufen und hat die Wachsamkeit des piemontesischen Geschwaders getäuscht."

— Herr v. Kersausie hatte Garibaldi den Degen von La Tour d'Auvergne, „das heilige Erbstück seiner Familie", nach Caprera als Zeichen seiner Bewunderung geschickt. Garibaldi hat dem Neffen und Erben des ersten Grenadiers von Frankreich unterm 25. Januar geantwortet:

Mein Herr! Ich habe mit der ganzen Dankbarkeit, deren ich fähig bin, und als ein Zeichen der Theilnahme des aufgeklärten Frankreichs den Degen von La Tour d'Auvergne, der mir bestimmt wurde, entgegengenommen. Da ich Ihren Neffen jedoch seines Erbstückes nicht berauben will, so wünsche ich, daß bei meinem Tode dieses Symbol der streitenden Demokratie an seine natürlichen Aufbewahrer zurückgehe, damit ein neues französisches Plebiscit darüber zu Gunsten des Würdigsten verfüge.

Ihr ergebener
G. Garibaldi.

— Garibaldi hat jetzt auf das bestimmteste den Beschluß, im März loszuschlagen, aufgegeben, obgleich er von der Nothwendigkeit, für die italienische Frage noch einmal ins Feld ziehen zu müssen, fester als je überzeugt ist. Aber er will Gaeta erst genommen, die neue italienische Anleihe zu Stande gebracht, die ungarische Frage klarer entwickelt sehen, und er will Preußen keinen Vorwand geben, Oesterreich darin zu unterstützen, daß es Italien angreife. So berichtet der turiner Correspondent der Independance Belge.

Danzig, den 8. Februar.

* Unter Ernennung zu Notaren im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder sind die Rechtsanwälte v. Werner von Schlawe nach Flatow, Echtermayer von Pr.-Holland nach Marienburg, Heistermann v. Ziehlberg von Tuchel nach Strasburg, die Kreisrichter Jehne für Stuhm, Nauen für Rosenberg, Kottner für Carthaus, Loeck für Tuchel und Gerichtsassessor Blöbaum für Berent, als Rechtsanwälte ernannt und von ihren bisherigen Wohnsitzen in die beigefügten Orte versetzt worden.

* Der Herr Handels-Minister hat die hiesige Königl. Regierung benachrichtigt, daß die Königl. spanische Regierung von der bisher bestehenden Vorschrift, nach welcher die von fremden Schiffen bei ihrer Ankunft in spanischen Häfen beizubringenden Schiffspapiere durchaus in spanischer Sprache abgefaßt sein müssen, zu Gunsten der preußischen Schifffahrt Abstand genommen hat. Sie hat nämlich ihren Consular-Agenten in den Ostseehäfen für den Fall, daß sie der spanischen Sprache nicht mächtig sind, die Befugniß ertheilt, die Ladungsdokumente und vorgeschriebenen Consular-Register der nach spanischen Häfen bestimmten Schiffe in französischer Sprache auszufertigen. Diese Papiere sind alsdann in den betr. spanischen Häfen von den Zollbeamten oder vereidigten Translateuren in die Landessprache zu übersetzen und die daraus erwachsenden Kosten von den Führern oder Consignatairen der Schiffe zu übernehmen. Als die hauptsächlichsten Häfen, auf welche diese Ausnahme-Maßregel zur Anwendung kommen soll, hat die Königl. spanische Regierung: Rostock, Stralsund, Stettin, Danzig, Königsberg, Memel, Libau, Riga, St. Petersburg, Kronstadt, Abo, Herrösand, Gefle, Stockholm, Calmar und Landskrona bezeichnet, an welchen Orten sie Consular-Agenten bereits ernannt hat oder solche nach Bedürfniß zu stellen beabsichtigt.

* Aus dem in der letzten Sitzung des Aeltesten-Kollegiums vorgelegenen Berichte des Directors der Handelsakademie Professor Dr. Bobrik von Ostern bis Dezember 1860 entnehmen wir folgende Angaben: Zu Ostern 1860 bestanden 14 Schüler der ersten Klasse das Abiturientenexamen, die übrigen gingen ohne Prüfung zur praktischen Laufbahn über. Von Ostern bis Dezember 1860 wurden aus der zweiten Klasse 11 Schüler in die erste versetzt und 16 Schüler in die zweite Klasse neu aufgenommen. Die Gesammtzahl der Schüler am Ende des Jahres betrug also 27. Von diesen sind aus Danzig 20, aus dem übrigen Westpreußen 8, Ostpreußen 1, Posen 1, Pommern und der Mark 3, Hamburg 1, England 2, Polen 1. — Ostern 1860 ist von dem Director bekannt gemacht, daß von jetzt an nur solche junge Leute in die Akademie aufgenommen werden können, welche die Vorbildung eines Primaners einer höhern Realschule besitzen.

* (Conzert.) Morgen Abend findet im Schützenhause das Conzert der hiesigen vereinigten Sänger statt. Der Ertrag ist für die hinterbliebene Familie des Componisten Zöllner bestimmt, dessen frische Männergesänge im deutschen Vaterlande vielfach erklungen sind und das Herz erfreut haben. Möchte eine recht große Theilnahme des Publikums diesen edeln Zweck fördern helfen. Das Programm des Conzerts verspricht den Freunden des Männergesanges anregenden Genuß.
M.

* Es wurde uns gestern mitgetheilt, daß die Stadt zur Verbesserung des Weges nach Schidlitz ca. 80 Arbeiter angestellt habe. Von diesen sind aber gestern leider nur ca. 15 sichtbar gewesen.

* [Gewerbeverein.] In der gestrigen Sitzung des hiesigen Gewerbevereins hielt Hr. Dr. Kirchner einen sehr interessanten Vortrag über die „Magdeburger Wasch- und Badeanstalt", und wies darin den bedeutenden, das Wohl der Bevölkerung großer Städte tief berührenden Nutzen derselben nach. Die Magdeburger Anstalt ist für einen Preis von 120,000 Thlr. höchst zweckmäßig und elegant mitten in der Stadt aufgebaut, besitzt schöne Gartenanlagen und Dampf- und Douche-Bäder aller Art. Die Benutzung des Bades steht der minder begüterten Klasse schon für ein paar Groschen zu Gebote; für Wohlhabendere sind Bäder mit großem Comfort zu höheren Preisen eingerichtet. Neben der Badeanstalt besteht die Waschanstalt, deren Anlage nach englischem Muster mit Dampfkessel, Centrifugalmaschine und verschiedenen Trokkenräumen bewirkt ist. In ihr ist es möglich, ein Hemde in weniger als ¾ Stunde vollständig zu waschen, zu trocknen, plätten und wieder zusammen zu legen. Der Nutzen einer derartigen Anstalt für unsere Vaterstadt Danzig würde nach Allem ein höchst segensreicher sein, denn es ist ja eine alte, über allen Zweifel erhabene Erfahrung, daß Ordnung und Reinlichkeit mit Sittlichkeit und Gesundheit Hand in Hand gehen, und aus dem Wohlbefinden des Volkes ergiebt sich von selbst auch sein Wohlstand.

* [Berichtigung.] In dem gestrigen Bericht über die Verhandlungen des Aeltesten-Kollegiums der Kaufmannschaft, speziell über die Ordnung des Cabrun'schen Kupferstichkabinets durch die Herren Stadtrath Block und Sanitätsrath Dr. von Duisburg ist die Dauer der Arbeit dieser Herren irrthümlich auf 9 Monate angegeben; es muß statt dessen heißen 19 Monate.

□ Thorn, 7. Februar. Das Wasser stand gestern früh 8' 5", heute früh 6' 11" und Abends 6' 6". — In Warschau ist das Wasser aber wieder etwas gestiegen, und zwar am 5. Februar bis auf 10' 2".

□ Königsberg, 7. Februar. Unter zahlreichem Besuch hat die 20. Königsberger Kunst- und Gemäldeausstellung gestern im Moskowiter-Saale des Königl. Schlosses ihren Anfang genommen. Der sechste Theil der 548 zur Ausstellung gegebenen, zum Theil noch in den Ateliers der Maler befindlichen Gemälde, ist geliefert worden von Malern unserer Stadt resp. Provinz. — Ein Vorfall von höchst erschütterndem Eindrucke ereignete sich gestern in dem von Zuhörern fast überfüllten Saale des Junkerhofes. Der Musikdirector der musikalischen Akademie, Schloß-Organist Pätzold, bekannt durch theoretische Werke über Musik, tritt an sein Dirigentenpult, ergreift den Taktstock, giebt das Signal zum Beginn der Einleitung des Mendelssohn'schen Oratoriums „Elias", welches hier von Sängern und Instrumentalisten aufgeführt werden sollte, und kaum ist die Introduction zu Ende, da fällt Hr. Pätzold, vom Schlag getroffen, zur Erde und bleibt todt, trotz aller ärztlichen Beihülfe, die augenblicklich zur Stelle war. Die anwesende Gattin des Todten erstarrte vor Schreck, und andere Anwesende, übermannt von dem erschütternden Eindrucke, fielen in Ohnmacht. Dr. Zander erklärte, daß das Oratorium späterhin aufgeführt werden und die Billets dazu den den Concertsaal Verlassenden zurückgehändigt werden sollten.

Königsberg. Das holländische, auch öfter hier in Königsberg gewesene Dampfschiff Anna Paulowna ist nach einer telegraphischen Mittheilung an der jütländischen Küste gestrandet.

* Das jetzt eingetretene milde Wetter wird Herrn Kreuzberg die Möglichkeit gewähren, gleich nach der nächsten Woche mit seiner großen Menagerie von hier nach Danzig sich zu begeben.

△ Insterburg, 6. Febr. Nr. 823 Ihrer Zeitung brachte unter „Aus Littauen" eine Nachricht über den projectirten Bau der Tilsit-Insterburger Eisenbahn, die einiger Modification bedarf. Zunächst ist das Urtheil über die Rentabilität ein unrichtiges; es sind, bevor man auf das Unternehmen eingegangen, sehr umfassende spezielle und wahrheitstreue Rentabilitätsberechnungen angefertigt und diese von den englischen Capitalisten genau geprüft worden, und erst nachdem man sich von deren Richtigkeit überzeugt, sind dieselben auf weitere Unterhandlungen eingegangen. Das Resultat ergab mindestens $6\frac{1}{2}$ % reine Dividende. — Ferner ist die Bemerkung Ihres Correspondenten unrichtig, daß die Commission nur bis Königsberg gekommen sei. Der seiner Zeit gefaßte Beschluß lautete dahin, daß die Commission nach vorhergegangener Aufforderung des Hauses Simon in Königsberg sich mit einem deputirten Mitgliede desselben in Berlin vereinigen sollte, um gemeinschaftlich nach London zu gehen. Da aber eine derartige Aufforderung nach unserem besten Wissen bisher nicht stattgefunden hat, so hat selbstredend die Commission auch nicht bis Königsberg kommen können. Von völliger Unkenntniß der Sache zeugt es aber, wenn Ihr Berichterstatter behauptet, das Haus Simon habe betreffenden Orts die Eröffnung gemacht, das Geschäft müsse fallen gelassen werden, „weil die Actien in London nicht zögen"; denn die zwei Drittel der englischen Betheiligung waren einmal übernommen, und es blieb ohne jeglichen Einfluß, ob die Actien einen guten Markt in London gefunden hätten. Auch das diesseits aufzubringende eine Drittel war bereits begeben und es hätte somit der Ausführung des Baues nichts mehr im Wege gestanden, wenn nicht jetzt von den englischen Capitalisten nachträglich die Bedingung aufgestellt worden wäre, daß ihre zwei Drittel Betheiligung die Priorität vor dem diesseitigen einen Drittel haben sollten. Die Engländer motivirten dies dadurch, daß, als sie auf das Geschäft eingegangen, der Zinsfuß in England $3\frac{1}{2}$ % gestanden, während er heute auf das Doppelte gestiegen sei. Hierüber schweben nun noch die Verhandlungen, da natürlich auf diese neu gestellte Bedingung nicht eingegangen werden konnte. Kann keine Vereinigung zu Stande kommen, so muß die Ausführung auf eine günstigere Zeit verschoben werden, die, da der englische Disconto sich nicht für die Dauer so hoch erhalten wird, nicht allzu fern sein dürfte.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 8. Februar 1861. Aufgegeben 2 Uhr 42 Minuten.
Angekommen in Danzig 3 Uhr 15 Minuten.

		Letzt.Crs.			Letzt.Crs.
Roggen behauptet, loco	49⅞	50	Preuß. Rentenbr.	95¾	95
Februar	49¼	49⅜	3½ % Wstpr. Pfdbr.	83½	83
Frühjahr	48½	48½	4 % Pos. Pfandbr.	89⅛	—
Spiritus, loco	21	21⅛	Ostpr. Pfandbriefe	83¼	82¾
Rüböl Februar	11⅓	11⅓	Franzosen	131	128
Staatsschuldscheine	87	87	Nationale	53	51
4½% 56r. Anleihe	100¾	100¾	Poln. Banknoten	87¾	87¼
5% 59r. Pr. Anl.	106	105¾	Petersburg. Wechs.	—	96¾
			Wechselc. London	—	6. 18¾

Fondsbörse animirt.

Hamburg, 7. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco in günstiger Stimmung verblieben, ab Auswärts sehr fest gehalten, ohne Geschäft. Roggen loco stille, ab Königsberg pr. Frühjahr 78 zu bedingen. Oel stille, Mai 24⅜, Oktober 25¼. Kaffee unverändert, ruhig.

London, 7. Februar. Börse unthätig. Silber 61¼. Consols 92¼ pr. März. 1 % Spanier 40¼. Mexikaner 23¼. Sardinier 81. 5 % Russen 104. 4½ % Russen 91.

Der Dampfer „City of Edinburgh" ist aus Newyork eingetroffen.

Liverpool, 7. Februar. Baumwolle: 7000 Ballen Umsatz. Markt ⅛ niedriger als am vergangenen Freitage.

Paris, 7. Februar. Schluß-Course: 3 % Rente 68, 35. 4½ % Rente 97, 80. 3 % Spanier 46⅞. 1 % Spanier 40½. Oesterr. St.-Eisenb.-Akt. 486. Oesterr. Credit-Aktien —. Credit mobilier-Aktien 690. Lomb. Eisenbahn-Akt. —.

Producten-Märkte.

Danzig, den 8. Februar. Bahnpreise.

Weizen alter nominell; frischer heller fein- und hochbunter möglichst gesund 124/25/26/27—128/29/30/32 ℔ nach Qual. von 90/91/93/95—97½/100—102½/105 Sgr.; ordinair, bunt, dunkel- und hellbunt krank 117/120—122/23/24 ℔ nach Qualität von 67½/79/80—85/87½/89 Sgr.

Roggen nach Qualität u. Gewicht von 57½ Sgr., für schwersten bis 54/53 Sgr., für ord. leichten pr. 125 ℔ mit ½ Sgr. pr. ℔ Differenz.

Erbsen von 50/53—57½/61 Sgr.

Gerste kleine 97/100—102/6 ℔ von 37/41—42/45/46 Sgr., große 100—104—108/10/11 ℔ von 42/47½—51/54 Sgr.

Hafer von 23/24—25/27½ Sgr., schwerer 30 Sgr. und darüber.

Spiritus bei höheren Forderungen nichts gehandelt.

Getreide-Börse. Wetter: schön. Wind S.

Der heutige Markt gab eine bessere Auswahl in Weizen, theils durch etwas mehr Zufuhren, besonders aber durch Offerten vom Speicher; die heutigen Forderungen waren aber im Verhältniß der gestern gezahlten Preise so hoch, daß ungeachtet der wohl bemerkbaren Kauflust der ganze Umsatz auf 23 Lasten Weizen beschränkt bleiben mußte, die theils zu sehr festen, theils zu etwas höhern Preisen gegen gestern gekauft sind. Man zahlte für 117 ℔ ordinair fl. 460; 121/22, 122/23 ℔ mager fl. 520; 125 ℔ hell aber matt und sehr ausgewachsen fl. 521; 127/28 ℔ rothbunt fl. 555; 127 ℔ gut bunt aber mit Auswuchs fl. 580; 132 ℔ hell aber matt und reichlich mit Auswuchs versehen fl. 610.

Roggen 118 ℔ fl. 324; 119 ℔ fl. 330; 122 ℔ fl. 336. Alles pr. 125 ℔.

102/3, 104 ℔ kleine Gerste fl. 255, 264; 105, 108, 109, 110 ℔ große Gerste fl. 294, 300, 306, 315.

Weiße Erbsen fl. 336, 342, 345, 354, 360 nach Qualit.

70 ℔ Hafer, ordin. Qualität, fl. 156.

Bohnen fl. 378.

Spiritus heute nicht gehandelt.

Berlin, 7. Februar. Wind: Süd-West. Barometer: 28'. Thermometer: 8° +. Witterung: milde Luft.

Weizen pr. 25 Schffl. loco 72—85 Rt. — Roggen pr. 2000 ℔ loco 49¾—50½ Rt., do. Februar 49¾—49½ Rt. bez., Br. und Gd., Februar-März 48¾—48⅞ Rt. bez., 49 Br., 48¾ Gd., pr. Frühjahr 48¾—48½ Rt. bez. und Gd., 48¾ Br., Mai-Juni 48⅜—48⅝ Rt. bez. und Gd., 48¾ Br., Juni-Juli 48⅜—48⅞ Rt. bez. — Gerste pr. 25 Scheffel große 42—48 Rt. — Hafer loco 26—29 Rt., pr. 1200 ℔ Februar 26½ Rt. Br., do. Frühjahr 26¼ Rt. bez., do. Mai-Juni 27 Rt. bez. und Gd.

Rüböl pr. 100 ℔ ohne Faß loco 11 5/12 Rt. Br., Februar 11⅓ Rt. bez. und Gd., 11⅜ Rt. Br., Februar-März 11⅓ Rt. bez. und Gd., 11⅜ Rt. Br., März-April 11⅜ Rt. Br., 11⅓ Gd., April-Mai 11⅓—11 5/12 Rt. bez. und Br., 11⅜ Rt. Gd., Mai-Juni 11 5/12—11 3/24 Rt. bez. und Br., 11½ Gd., September-October 11⅚—11 11/12 Rt. bez. und Br., 11⅞ Gd. — Leinöl pr. 100 ℔ ohne Faß loco 11⅛ Rt.

Spiritus pr. 8000 % loco ohne Faß 21 1/12 — 21⅛ Rt. bez. do. Februar 21 1/24—21 5/24 Rt. bez. und Br., 21⅛ Gd., do. Februar-März 21 1/24—21 5/24 Rt. bez. und Br., 21⅛ Gd., do. März-April 21⅓—21⅜—21⅓ Rt. bez., Br. und Gd., do. April-Mai 21 11/24—21 7/12—21½ Rt. bez., Br. und Gd., Mai-Juni 21⅔—21 19/24—21⅝ Rt. bez. und Gd., 21¾ Br., Juni-Juli 22 Rt. bez. und Br., 21⅞ Gd., Juli-August 22¼—22⅓ Rt. bez.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, den 7. Februar. Wind: S.

Angekommen:

J. Wiebe,	Marianne,	L'Orient,	Ballast.
	Den 8. Februar. Wind: S.		
L. Tetzlaff,	Alice u. Theodor,	London,	Ballast.

Gesegelt:

J. Wilson,	Cossack (SD),	Hull,	Getreide.

H. Schwarz, Professor Baum, zum Ausgehen mit Lootsen besetzt.

Nichts in Sicht.

Berlin, den 7. Februa .

	B.	G.		B.	G.
Berlin-Anh. E. A.	111½	110½	Staatsanl. 56	101	100½
Berlin-Hamburg	110¼	—	do. 53	96	95½
Berlin-Potsd.-Magd.	135½	134½	Staatsschuldscheine	87¼	86¾
Berlin-Stett. Pr.-O.	—	—	Staats-Pr.-Anl. 1855.	117	116
do. II. Ser.	87¾	87¼	Ostpreuss. Pfandbr.	—	82¾
do. III. Ser.	86¾	86¼	Pommersche 3½ % do.	89	88½
Oberschl. Litt. A. u. C.	—	—	Posensche do. 4%	100½	100
do. Litt. B.	—	110	do. do. neue	89	88½
Oesterr.-Frz.-Stb.	—	127½	Westpr. do. 3½ %	—	82¾
Insk. b. Stgl. 5. Anl.	—	87	do. 4%	—	92¼
do. 6. Anl.	—	99	Pomm. Rentenbr.	96	95½
Russ.-Poln.-Sch.-Ob.	81	80	Posensche do.	92¾	92¼
Cert. Litt. A. 300 fl.	93⅞	—	Preuss. do.	—	95¼
do. Litt. B. 200 fl.	—	22½	Pr. Bank-Anth.-S.	128	127
Pfdbr. i. S.-R.	86⅜	85⅜	Danziger Privatbank	—	84½
Part.-Obl. 500 fl.	91¼	90¼	Königsberger do.	81	80
Freiw. Anleihe	—	100½	Posener do.	—	79½
5% Staatsanl. v. 59.	106	105½	Disc.-Comm.-Anth.	79	78
St.-Anl. 50/2/4/5/7/9	101	100½	Ausl. Goldm. à 5 Rt.	—	108¾

Wechsel-Cours.

Amsterdam kurz	141⅞	141⅝	Paris 2 Mon.	79¼	79 1/12
do. do. 2 Mon.	141¼	141	Wien öst. Währ. 8 T.	66⅞	6[illegible]⅝
Hamburg kurz	150⅝	150⅜	Petersburg 3 W.	96⅞	96⅝
do. do. 2 Mon.	150⅛	149⅞	Warschau 90 SR. 8 T.	87⅜	87⅛
London 3 Mon.	6. 18⅞	6. 18⅝	Bremen 100 Rt. G. 8 T.	109¼	109

Verantwortlicher Redacteur: Heinr. Rickert in Danzig.

Statt jeder besonderen Meldung!

Gestern Abends 7¼ Uhr wurde meine liebe Frau **Cäcilie**, geb. **Lehmann**, von einem munteren Töchterchen glücklich entbunden.

Danzig, den 8. Februar 1861.

Eduard Rothenberg.

Bekanntmachung.

Die innerhalb des Amtsbezirks Mewe dem Domainen-Fiskus zustehende Fischereigerechtigkeit in dem Weichselstrom und dem Ferseflu߸ soll in den demnächst noch speziell festzustellenden Abtheilungen, und zwar: die erste Abtheilung von der Jesewitzer Grenze bis gegen Mewe, die zweite Abtheilung von dort bis Montauer Spitze, und die dritte von dort bis zum Pickler Kanal, überall durch den ganzen Weichselstrem und in dem Fersefluß bis zu den Broddener Mühlen, von Trinitatis 1861 ab auf 6 nach einander folgende Jahre, also bis dahin 1867, verpachtet werden. Für diese Fischereigerechtigkeit in den obigen Grenzen sind bisher im Ganzen 686 Thlr. 15 Sgr. an Pacht gezahlt worden.

Der Licitations-Termin ist auf **den 26. Februar d. J.** im Geschäfts-Local des Rentamts zu Mewe vor unserm Commissarius, dem Herrn Regierungs-Rath **Haffer**, anberaumt, zu welchem Pachtliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die speziellen Bedingungen und die Regeln der Lizitation in unserer Domainen-Registratur und bei dem Rent-Amte zu Mewe einzusehen sind und die Auswahl unter den 3 Bestbietenden uns vorbehalten bleibt.

Marienwerder, den 19. Januar 1861.

Königliche Regierung,
Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.
[2660]

Bekanntmachung.

Die für das Jahr 1861 für das Corps der Feuerwehr und Schutzmannschaft zu beschaffenden Bekleidungs- und Ausrüstungs-Gegenstände, sollen im Wege der Submission zur Anfertigung ausgegeben werden.

Die Lieferungs-Bedingungen, sowie das Verzeichniß der zu beschaffenden Gegenstände, liegen im Bureau der Feuerwehr auf dem Stadthofe bis zum 14. d. M., Mittags 12 Uhr, zur Einsicht aus.

Offerten auf die Lieferung sind daselbst spätestens bis zum 14. d. M., Mittags 12 Uhr, einzureichen.

Danzig, den 4. Februar 1861.

Die Feuer- 2c. 2c. Deputation.
J. A.
L. Müller.

Bekanntmachung.

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Handschuhmachers Carl Mende zu Thorn ist durch rechtskräftig bestätigten Akkord bendigt.

Thorn, den 5. Januar 1861.

Königl. Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Ein Theil der aus dem Abbruche des hiesigen Commissionshauses gewonnenen Materialien, als

eine Anzahl Thüren mit Zubehör, darunter 1 zweifl. Hausthür, 7 zweifl. Stuben- und 9 einfl. Stuben-, resp. Kellerthüren, 1 eiserne Kaminthür und 1 zweifl. Kassenthür,
eine Anzahl Fenster mit Zubehör, darunter 4 vierfl. und 2 sechsfl. Fenster mit Laden, verschiedene Dach- und Ober-Fenster,
ca. 6 Centner Zinktafeln, Kupferabfälle, ein gußeiserer Schornsteinaufsatz, 1 Rauchmantel mit Eisengerüst, ca. 3000 Quadratfuß auf Holzrahmen gespannter und mit Tapeten beklebter Leinwand, 1 kleine Treppe mit Podest 2c.

soll im Termin

Dienstag, den 12. Februar 1861,
Vormittags 10 Uhr,

öffentlich versteigert werden. —

Die Bedingnngen liegen in meinem Büreau aus.

Dirschau, den 2. Februar 1861.

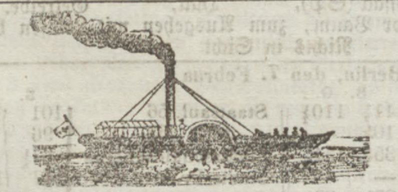
Der Eisenbahn-Baumeister.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich Ende März dieses Jahres ein Bändchen Gedichte unter dem Titel:

„Harmloses Allerlei"

herauszugeben gedenke. Der Titel meiner Gedichte sagt schon, daß sie nicht Ansprüche auf hohen poetischen Werth machen, sondern nur den Leser unterhalten wollen; und werde ich mir Mühe geben, daß sie diesen Zweck möglichst erreichen. Um nun die Auflage bestimmen zu können, werde ich mir erlauben, Subscriptions-Listen in Umlauf zu setzen, und bitte ich sich mit zahlreichen Unterschriften an meinem Unternehmen betheiligen zu wolleu. Der Subscriptionspreis für das elegant broschirte Werkchen ist 15 Sgr. und wird bei Ablieferung desselben der Betrag erhoben.

Rudolph Dentler.



Bei Eröffnung der Schiffahrt werden meine Dampfer **Matador, Courier** und **Thorn** ihre Fahrten beginnen und ihre frühern Touren **regelmäßig** inne halten.

Die Expedition in Danzig habe ich dem Herrn **Adolph Janzen** übertragen.

Julius Rosenthal,
Speditions- und Verladungs-Geschäft in
Bromberg u. Thorn.

10,000 Thlr.

werden auf ein Rittergut von circa 1000 Morgen Magdeb. im Regierungs-Bezirke Bromberg belegen, nach 4000 Thlr. gesucht. Hierauf Reflectirende wollen ihre Adressen Bromberg poste restante unter der Chiffre I. R. II. franco einsenden.

Concert-Anzeige.

Die Unterzeichneten beehren sich hiermit anzuzeigen, daß

Sonnabend, den 9. Februar c.,
Abends 7 Uhr,
im Schützenhaus-Saale
das
erste große Concert
der vereinigten Sänger Danzig's,

unter gefälliger Mitwirkung geehrter Künstler, stattfinden wird, dessen Ertrag zum Besten der Hinterbliebenen des Componisten Zöllner bestimmt ist.

Programm:

1. **„Sonntags"** gekrönte Preis-Composition für Männerchor von Abt, ausgeführt von den vereinigten Sängern.
2. **Arie aus Wilhelm von Oranien** von Eckert.
3. **Matrosenlied** von Edwin Schulz.
4. **Deklamation.**
5. **„In der Fremde"**, für Baß-Solo und Chor.
6. **Blauer Montag**, für Männerchor, von Otto,
7. **Rheinweinlied**, für Männerchor, von Zöllner,
8. **Wanderburschenlied**, für Männerchor, v. Otto,
   (6.–8.) ausgeführt von den vereinigten Sängern.
9. **2 Lieder für Alt-Stimme.**
10. **Der Wanderer an das Vaterland**, für Baryton-Solo und Chor.
11. **„Hinüber"**, Doppelchor von Zöllner,
12. **Die jungen Musikanten** von Kücken,
    (11.–12.) ausgeführt von den vereinigten Sängern.

Billette à 15 Sgr. sind in den Musikalienhandlungen der Herren **Habermann** und **Weber** und in den Conditoreien der Herren **Kaismann** und **Sebastiani** zu haben. An der Kasse kostet das Billet 20 Sgr.

Danzig, den 8. Februar 1861.

Rehrend de Cuvry. Felix Behrend. Bischoff. Brandstäter. Denecke. Durand. Frühling. Gieswald. D. Hirsch. Lickfett. Lipczinski. v. Rottenburg. Schulz. Wolffsohn.

Zu der am 28. Februar 1861 stattfindenden Ziehung der [2711]

Großherzoglich Badischen fl. 35 Loose

mit Gewinnen von fl. 50,000, 40,000, 20,000, 10,000, 5000, 4000, 1000 2c.
Niedrigster Treffer fl. 47,

sind Loose für obige Ziehung gültig, **per Stck. à Thlr. 2, per 6 Stück à Thlr. 11, per 11 Stck. à Thlr. 20**, gegen franco Einsendung des Betrags oder Posteinzahlung oder Postnachnahme zu beziehen bei

Albert David,
Staats-Effecten-Geschäft in Frankfurt a. M.

P. S. Amtliche Listen sende sofort nach der Ziehung franco per Post.

Dampfschiff-Verbindung. [2749]
Danzig-Stettin

Die Schrauben-Dampfer **„Colberg"** und **„Stolp"** werden ihre Fahrten bei der voraussichtlich Anfangs März stattfindenden Wiedereröffnung der Schifffahrt beginnen und dann sowohl von **Danzig** als auch von **Stettin** am

1., 6., 11., 16., 21. und 26. jeden Monats

expedirt werden. Der Dampfer „Colberg" ist in Stettin bereits in Ladung gelegt.

Näheres bei { **Ferdinand Prowe** in Danzig. **Rud. Chr. Gribel** in Stettin.

Die **„Vacanzen-Liste"** (Zeitung für stellensuchende Lehrer aller Fächer, Gouvernanten Commis, Buchhalter 2c., Oeconomen, Forstbeamte, Wirthschafterinnen, Aerzte, Cameral- und Communal-Beamte, Apotheker, Chemiker, Techniker, Musiker, Lithographen, Werkführer in allen Branchen 2c. 2c., überhaupt in allen höheren Berufszweigen,) erscheint jeden Dienstag Nachmittags und weist ausschließlich und genau alle offenen Stellen nach, welche ohne Vermittelung von Commissionären zu vergeben sind. — **Offene Stellen** bittet man dringendst, behufs kostenfreier Aufnahme mitzutheilen. — Das **Abonnement** bei **franco** Zusendung beträgt pro 1 Monat 1 Thlr., (für 3 Monat nur 2 Thlr.) vom Tage der Bestellung abgerechnet, in der Expedition: beim Buchhändler **A. Retemeyer,** in Berlin, Kurstr. 50.

Abonnements werden für **Danzig** und Umgegend von der Exp. d. Ztg. angenommen. (1633.)

Cigarren.

Für Rechnung eines Havanneser Hauses sind wir beauftragt 10,000 Mille importirte Havanna-Cigarren, gut abgelagert, zu unten bemerkten enorm billigen Preisen so rasch als möglich zu räumen und erlassen demnach dieselben zu 10, 14, 16, 18, 20, 24 Thlr. Pr. Crt. pro Mille. Probebunde à 100 Stück werden auf Franco-Briefe gegen Postnachnahme sofort versandt. [2629]

Bloch Rohde & Co., Hamburg.

Eine Locomobile Dampfmaschine von ca. 6 Pferdekraft, nur einige Wochen benutzt, ist für 1000 Thlr. im Obligations-Speicher zu verkaufen.

Geräucherten Silberlachs

in jeder beliebigen Quantität empfiehlt die feine Fleischwaaren-Handlung des
C. W. Bonck, Tobiasgasse 14.

☞ I. Folge vielf. auswärt. Kauf-Auftr. ersuche Besitz. mittler. u. grösser. Güt. i. Westpr. d. verkauf. od. verpacht. woll. mich mit diesem Geschäft z. betrau. u. werd. solch. wie seit Jahr. möglichst schnell u. reell durchfüh. **D. Gutsb. u. Kr.-Taxat. Hoppe in Bromberg.**

Gelegenheits-Gedichte aller Art fertigt
Rudolph Dentler, 3. Damm 13.

In meiner Kunstgärtnerei können sofort oder zum 1. März cr. 2 Söhne ordentlicher Eltern in die Lehre treten.

Danzig, den 7. Februar 1861.

[2770] **Julius Radike.**

Hühneraugen, Ballen, eingewachsene

Nägel, Hautschwülen, heile ich in kurzer Zeit ohne den geringsten Schmerz **radikal**, auch empfehle ich meinen **vorzüglichen Balsam für Frost und Rheumatismusleiden**, desgl. **Hühneraugenpflaster** à Schachtel 5—10 Sgr.

Auguste Dreyling. Hühneraugen-Operatrice, Tischlergasse No. 20.

Eine **geprüfte und mit guten Zeugnissen versehene Lehrerin** sucht zu Ostern ein Engagement. — Näheres Spiringsstraße 5 à Elbing.

Ein Hauslehrer, welcher, außer in den übrigen Wissenschaften, auch Unterricht im Lateinischen und Französischen, so wie in der Musik ertheilt, wird zum 1. April a. c. gewünscht. Adressen unter **H. W. 2800** werden in der Expedition der Danziger Zeitung erbeten.

Turn- und Fecht-Verein.

Mittwoch und Sonnabend,
Abends 6½—7½ Uhr
Fecht-Uebungen,
Abends 7½—8½ Uhr,
Turn-Uebungen.

Schriftliche Anmeldungen werden im Turn-Lokale auf dem Stadthofe während der Stunden und von dem Kassirer des Vereins, Gerbergasse No. 2, jederzeit in Empfang genommen. — Der monatliche Beitrag beträgt 10 Sgr.

Der Vorstand.
Licht, Vorsitzender.

Stenographie.

Personen von Auswärts, die sich die Stenographie durch Selbstunterricht mit Beihülfe des unterzeichneten Vereins aneignen wollen, mögen sich wegen der dazu nöthigen Lehrbücher an unsern Schriftführer Herrn **Ant. Fr. Oelschläger,** schriftlich wenden.

Hotel Deutsches Haus,
Reimers
anatomisches und ethnologisches
Museum

täglich geöffnet für Herren von 10 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends.
Dienstag u. Freitag von 2 bis 7 Uhr Nachmittags ausschließlich nur für Damen.
Entree 5 Sgr. [2738]

Aufruf.

Der Rhein hat durch Ueberfluthung seiner Dämme in Holland, Städte und Dörfer unter Wasser gesetzt, deren Bewohner in das schrecklichste Elend gerathen sind. Viele Menschen haben dabei ihr Leben eingebüßt! —

Da nun an verschiedenen Orten Sammlungen für jene Unglücklichen veranstaltet werden, so glaube ich bei dem bekannten wohlthätigen Sinne meiner Mitbürger keine Fehlbitte zu thun, wenn ich sie hiedurch ersuche, ein Scherflein für die Nothleidenden in Holland an mich abliefern zu wollen.

Wer sich der Ueberschwemmung unserer Stadt und Umgegend im Jahre 1829 erinnert, dem wird es auch nicht unbekannt sein, wie Holland damals sehr reichliche Gaben zur Abhülfe unserer Noth beisteuerte!

Danzig, den 7. Februar 1861.

G. F. Focking,
Kgl. Niederl. Consul.

☞ **Geheime und Geschlechts-Krankheiten,** sowie deren Folgeübel: **Impotenz, Unfruchtbarkeit, Rückenmarkschwindsucht** 2c. heilt brieflich, schnell und sicher, gegen angemessenes Honorar, **Dr. Wilhelm Gollmann,** Wien, Stadt Nr. 557.

Von demselben ist auch sein bereits in **4. Aufl.** erschienener und bewährter **Rathgeber in allen geheimen und Geschlechts-Krankheiten** 2c. gegen Einsendung von 1 tlr. 15 sgr. zu beziehen.

I. 5. 1. 2. — 3. 6. 9. — 1. 2. 3.

STADT-THEATER IN DANZIG.

Freitag, den 8. Februar.
(Abonnement suspendu)
Benefiz für Fräulein Heuser.
Zum Erstenmale:
Die Tochter der Grille.
Schauspiel in 5 Akten von ***

Sonnabend, den 9. Februar.
(V. Abonnement No. 6.)
Zum Neuntenmale:
Orpheus in der Unterwelt.
Burleske Oper in 4 Akten von Hector Cremieux.
Musik von J. Offenbach.
Vorher:
Alte und neue Welt.
Tanzdivertissement in 1 Akt von L. v. Pasqualis.

Sonntag, den 10. Februar.
(V. Abonnement No. 7.)
Gustav,
oder
Der Maskenball.
Große Oper in 5 Akten nach dem Französischen des Scribe, vom Freiherrn v. Lichtenstein.
Musik von Auber.
Anfang 6 Uhr.

R. Dibbern.

Eisenbahn-Fahrplan für Danzig.

Abfahrt nach:				Ankunft von:			
Berlin . .	5 U.	5 M.	Mg.	Königsberg	8 U.	16 M.	Mg.
Königsberg	9 „	14 „	„	Berlin . .	11 „	15 „	Vm.
do.	3 „	4 „	Nm.	Königsberg	2 „	22 „	Nm.
Berlin . .	5 „	25 „	„	do.	7 „	18 „	Ab.
Königsberg	8 „	26 „	Ab.	Berlin . .	11 „	58 „	„

Familien-Nachrichten.

Geburten: Ein Sohn: Hrn. W. Mohr (Stettin). — Hrn. Dr. Troje (Königsberg). — Hrn. Prem.-Lieuten. v. Ostrowski (Frankfurt a. O.) — Hrn. Prem.-Lieutenant Kähler (Tilsit). — Hrn. Rector Presting (Lötzen). —
Eine Tochter: Hrn. Fuhrm. J. Neumann (Danzig). — Hrn. Major z. D. Campieur (Gumbinnen). — Hrn. Alexander Melzer (Königsberg). — Hrn. Louis Gnabß (Kraiewo). — Hrn. A. Schwarz (Gutstadt).

Verlobungen: Frl. Auguste Neumann mit Hrn. Herrmann Tromnau (Marienwerder). — Fräul. Ulrike v. Janiszewski mit Hrn. Friedrich Fuchs (Culm—Dresden). — Frl. Antonie Kummer mit Hrn. August Metschies (Tannenwald). — Frl. Julie Winckler mit Hrn. George König (Popowken—Allenburg).

Todesfälle: Frau Anna Eleonore Matthias, geb. Schneider (Heiligenbrunn). — Fr. Therese Kantzke, geb. Baumann, 38 J. a. (Jäschkenthal). — Sohn des Hrn. Grischow, 3 M. a. (Zigankenberg). — Bernsteindrehermeister Adolf Eduard Bauer, 72 J. a. (Danzig). — Frau Henriette Zeitz, geb. Marczynski, 61 J. a. (Thorn). — Frau Elisabeth Lischewski, geb. Lentz, 35 J. a. (Graudenz). — Frau Charlotte Löffke, geb. Schütz, 69 J. a. (Tilsit). — Frau Henriette Labsien, geb. Thiel, (Kissitten). — Gerichtsrath Carl Friedr. Pape, 78 J. a. (Memel). — Bürgermeister a. D. Anton Rozycki, 62 J. a. (Bromberg). — Rendant Louis St. Blanquart, 72 J. a. (Königsberg). — Herr Gustav L. Spaeth (London). — Musikdirector H. Pätzold (Königsberg). — Sohn des Kreisger.-Sekretair Briehm, 1½ J. a. (Heilsberg). — Frau Fanny Hirsch, geb. Jacoby (Königsberg).

Angekommene Fremde.

Am 8. Februar.

Englisches Haus: Frau Justizräthin Tamnau n. Fräul. Tochter a. Königsberg. Kaufl. Bormann a. Newcastle, Lingner a. Magdeburg u. Levy a. Berlin.

Hôtel de Berlin: Kaufl. Biermann a. Bremen, J. Müller, Mehlhardt u. Schwarz a. Berlin, Bartenstein a. Leipzig. C. Müller a. Braunschweig. Rittergutsbesitzer v. Kleist-Carlikau a. Carlikau.

Hôtel de Thorn: Gutsbesitzer Schmidts a. Grebin. Hofbesitzer Mix a. Kriefkohl. Oekonom Johst n. Frl. Schwester a. Barendt. Kaufl. Goldam a. Bamberg, Flemming a. Bernburg, Philippsohn a. Magdeburg, Crahmer a. Glogau u. Heydan a. Berlin.

Walter's Hotel: Gutsbesitzer Schröder a. Güttland. Mühlenbes. Pieske a. Stocksmühle, Schäferei-Dirigent Behmer a. Althaldeusteln. Pflanzer v. Banals a. Surinam. Lehrer Zell a. Ratzebuhr. Kaufl. Becker a. Elberfeld, Pottlitzer a. Freiburg, Lewinsohn a. Breslau u. Wallis a. Bremen.

Schmelzer's Hotel: Rentier Baron v. Witzleben n. Gem. a. Dresden Kaufl Hoffmann n. Fräul. Töchter a. Chemnitz, Schärff a Brieg, Hammerstein a. Berlin, Milisch a. Frankfurt a. O., Zinn a. Barmen, Roth a. Göppingen u. Brühl a. Berlin.

Deutsches Haus: Kaufl. Gansky a. Neuenburg, Knopf a. Schwetz u. Blum a. Königsberg. Gutsb. Heß a. Lappitz, Kamalsky a. Schlawe u. Kleeberg n. Fam. a. Senslau. Fabrikant Sparzer u. Zimmermeister Bieman a. Tilsit.

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königl. Navigationsschule zu Danzig.

Febr.	Stunde	Barom.-Stand in Par.-Linien	Therm. im Freien n. R.	Wind und Wetter.
7	4	335,25	+3,6	SSW. ruhig; diesige Luft.
8	8	336,11	+1,2	do. do. leicht bewölkt, Horizont neblig.
	12	336,45	+4,0	SW. ruhig; Zenit hell, Horiz. diesig.

Hiezu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Beilage zu No. 828 der Danziger Zeitung.

Freitag, den 8. Februar 1861.

Landtags-Verhandlungen.

Ueber die Debatte des Abgeordnetenhauses vom 6. Februar in Bezug auf das Vincke'sche Amendement zur Adresse (betreffend Italien) tragen wir nach unserm gestrigen kurzen Bericht die Reden des Hrn. v. Vincke und die des Hrn. v. Schleinitz, sowie die genauere Angabe der Abstimmung, wie folgt, nach:

Abg. v. Vincke (Hagen): Gegen die Politik der Nichtintervention, wie sie der Herr Minister heute hier darlegt, würde sich freilich nichts einwenden lassen. Es ist Pflicht jeder Staats-Regierung, mit Gut und Blut der Landesangehörigen sparsam umzugehen, und der Intervention würden sich sogar von vornherein gewisse geographische Hindernisse entgegensetzen. Ich sehe nicht recht ab, wie preußische Regimenter nach Italien kommen sollten, wenn ihr Durchmarsch durch andere deutsche Länder schon bei einer früheren, viel kleineren Affaire, der von Neuchatel, Schwierigkeiten fand. Aber dann sollte man auch nicht diplomatisch interveniren. Und das ist geschehen Seitens unserer Regierung und im Widerspruche mit den heute von ihr dargelegten Anschauungen. Ich gedenke hier zuerst der schon erwähnten Koblenzer Note. Sie war durchaus nicht nothwendig; man braucht nicht bei jeder Gelegenheit sämmtliche Rechtsüberzeugungen, die man etwa hegt, auszusprechen, und war eine Entgegnung auf die Ausführungen des Grafen Cavour vonnöthen, so mußte diese Verwahrung gemäßigter ausgesprochen sein, als dies in den geradezu herausfordernden Ausdrücken der Schlußsätze jener Note geschehen ist.

Ich habe ein zweites Factum anzuführen, über das uns der Herr Minister in der Commission Auskunft gegeben. Ich scheue mich nicht, davon hier zu sprechen; leider haben wir noch keine Blaubücher, aus denen wir uns in auswärtiger Politik instruiren könnten, darum müssen wir jeden Lichtstrahl dankend auffassen, der in die Commission gefallen ist. Ich meine Sr. Majestät Schiff „Lorelei". Man kennt den Vorfall, ihre Fahrt von Gaëta nach Messina. Die öffentliche Meinung hat mit großer Einstimmigkeit ihr Urtheil über den politischen Character dieses Vorfalls ausgesprochen, auch in einem amtlichen Schriftstück, dem Berichte einer westphälischen Handelskammer, ist die Schwere des Falles in seinen commerziellen Folgen zur Sprache gekommen. Auch ich bin der Ansicht, daß man Schiffe der preußischen Kriegsflotte doch nicht ohne Weiteres zu Packetdiensten verwenden kann, und wenn jene Schiffe zum Schutze der preußischen Angehörigen an jenen Küsten erschienen, so diente jener Packetdienst diesem Zwecke wahrlich nicht. Vielmehr hätten die Folgen, besonders für die in Messina wohnenden Preußen sich sehr bedenklich gestalten können, als die Citadelle, welche im Begriffe stand, sich zu übergeben — der Herr Minister hat das zwar in der Commission in Abrede gestellt, aber die directen Nachrichten aus Messina bestätigen es — in Folge jener preußischen Botschaft ihr Bombardement wieder begann. Und was hat uns der Herr Minister zur Erklärung jener Thatsachen mitgetheilt? Der preußische Gesandte, sagt er uns, hatte, als ihm der König Franz die betreffende Bitte vortrug, in der That das Bedenkliche derselben gefühlt und deshalb in Berlin um Verhaltungsmaßregeln angefragt. Unglücklicherweise waren damals gerade irgendwo die Telegraphendrähte zerrissen und so gelangte jene Anfrage erst sehr spät nach Berlin. (Heiterkeit.) Das Ministerium war nun allerdings der Ansicht, daß jene Bitte des Königs politisch bedenklich und also mit aller Höflichkeit abzulehnen sei, und sie beschied demgemäß auch den Gesandten. Aber unglücklicherweise waren da wieder irgendwo die Telegraphendrähte zerrissen (Heiterkeit) und die Antwort kam sehr spät in Neapel an. Was hatte aber unterdessen der Gesandte gethan? Er hatte gemeint, daß keine Anwort auch eine Antwort sei — obwohl das gewiß in keiner diplomatischen Instruction steht; er hatte nicht daran gedacht, daß auch Telegraphendrähte bisweilen reißen können und hatte seine Einwilligung zu dem Botendienste der „Lorelei" gegeben. Nun hätte man meinen sollen, die Regierung werde doch etwas thun, um diese Verletzung ihres Nichtinterventions-Prinzips wieder gut zu machen, sie würde ihren Gesandten von Neapel wegrufen, wär's auch nur, um ihn wo anders wieder anzustellen. Aber er blieb da und kein Act von Satisfaction ist gegeben worden. Nun warf man aber in der Commission die Frage auf, warum denn nicht wenigstens der mit Recht aufgeregten und beunruhigten öffentlichen Meinung gegenüber die Erklärung veröffentlicht wurde, die in den eben mitgetheilten Thatsachen liegt. „Weil die Presse es zu bestimmt und zu peremtorisch gefordert hatte", war die Antwort des Ministers. Damit geräth man in eine schlimme Alternative. Entweder ist die Presse, die öffentliche Meinung, zu dringend — nun, dann schweigt man — oder sie hält sich zurück, sie ist nicht dringend — nun, und dann ist kein allgemeines Interesse für die Sache da, und man schweigt wieder.

Als drittes Factum, das mir die heute kundgegebene Nicht-Interventionspolitik Preußens zu verlengnen scheint, hebe ich das Gesuch hervor, daß Preußen mit anderen Mächten bei dem Kaiser Napoleon um Belassung der französischen Flotte vor Gaëta gestellt hat. Wie kam Preußen zur Theilnahme an solchem Schritte? Man hat uns gesagt, dieses Gesuch habe gar keine politische Bedeutung gehabt, es sei nur im Interesse der Menschlichkeit gestellt worden. Die Menschlichkeit ist nun zwar ein Wort von mancherlei Deutung, aber es möchte schwer werden, Interessen derselben hier zu erkennen. Die Behauptung Gaëtas ist vielmehr, wie wir erst dieser Tage gelesen, die fortwährende Ursache zu inneren Kämpfen, deren blutige Scenen wenig mit Humanität zu thun haben, und sieht man etwa eine besondere Menschlichkeit darin, einen Monarchen noch ein paar Wochen länger eine Krone tragen zu lassen, wenn man damit doch nicht die Absicht verbindet, ihm auch sein Reich zu restituiren?

Die Thatsachen sprechen also, wie mir scheint, nicht für eine Stellung Preußens zu Italien, wie sie einer Nichtinterventions-Politik entspricht; sie zeigen vielmehr eine gewisse Abneigung gegen Italien. Italien wird nie eine erobernde Macht sein, dagegen wesentlich zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts beitragen. Daß Preußen nicht sardinische Politik treiben will, finde ich begreiflich; ich habe deshalb derjenigen Stelle der Adresse, welche der Zusammenkunft in Baden gedenkt, freudig zugestimmt. Wenn man die Stellung Frankreichs für eine übermächtige hält — ich wollte, wir wären in derselben angenehmen Stellung (Heiterkeit) — so zieht man doch zu viel, auch seitens der Presse, bei jeder Gelegenheit an der Kriegsglocke. Ich halte es für einen Akt der Schwäche, zumal Frankreich gegenüber. Man soll von dem Gegner immer lernen, und ich citire Ihnen deshalb folgende Worte aus der vorgestern gehaltenen französischen Thronrede: „die erste Tugend eines Volkes ist, Vertrauen auf sich selbst zu haben und sich nicht durch eingebildete Erschütterungen beunruhigen zu lassen. Lassen Sie uns also der Zukunft mit Ruhe, sowie mit dem vollen Bewußtsein unserer Kraft und unserer loyalen Absichten entgegensehen." Dieses Programm Frankreichs paßt in noch viel höherem Maße für Deutschland. Freuen wir uns, mit Frankreich in den Künsten des Friedens zu wetteifern; will es uns angreifen, so werden wir es, Gewehr bei Fuß, erwarten. Das französische Volk ist ein leicht erregbares, und zwei Dinge sind es namentlich, welche diese Erregbarkeit hervorzurufen im Stande sind. Das erste hat der Kaiser Napoleon auf der Anklagebank ausgedrückt: „ich repräsentire eine Niederlage, Waterloo." Das zweite ist der Appetit nach den natürlichen Grenzen und hauptsächlich nach dem linken Rheinufer. Das ist für uns ein Motiv auf der Hut zu sein, ohne daß wir die Gefahr besonders hoch anzuschlagen hätten.

Für die Zeiten der Gefahr haben wir uns nach Bundes-Genossen umzusehen; es ist deshalb eine klare, feste Politik nothwendig, zumal für die kleinste europäische Großmacht, damit unsere natürlichen Alliirten bei Zeiten wissen, was sie von uns zu erwarten haben. Das ist ein fernerer Grund für mein Amendement. Oesterreich und Rußland sind durch innere Verwickelungen — ersteres durch die jetzigen Bewegungen, letzteres durch die Leibeigenschaftsfrage — ferner durch pecuniäre Noth in Anspruch genommen. Für Oesterreich hat der Abgeordnete für Geldern in seiner mehrfach erwähnten Broschüre verschiedene financielle Vorschläge und es ist abzuwarten, ob nicht dieser Staat mit dem Vertreter von Geldern sich deshalb in Einvernehmen setzt. (Heiterkeit.) Beide genannte Staaten haben für Preußen neben den freundlichen auch feindliche Berührungspunkte, welche bei England nicht vorliegen. Wir bedürfen Englands schon um unserer aufstrebenden Flotte willen, und England kann auf dem Kontinente keinen bessern Alliirten finden als Preußen. Ich lasse mich weder durch das Toben der Presse, noch durch augenblickliche Handlungen der Regierung in England irre machen. England bedarf einer Macht auf dem Kontinent als Gegengewicht gegen ein übermächtiges Frankreich — das ist Preußen, ferner einer Macht, um dem Uebergewicht der französischen Flotte im mittelländischen Meere die Waage zu halten — das ist Italien. Wenn Preußen nun in der brennendsten Frage, der italienischen, England entgegentritt, kann man sich wundern, wenn daselbst Regierung und Presse unmuthig sind? Als Hr. v. Schleinitz und Lord John Russell in Koblenz zusammentrafen, da wurde von der „Preußischen Zeitung" die Nachricht in alle Welt hinausposaunt, daß in allen Fragen eine Einigung zwischen beiden Ministern erfolgt sei; bald darauf kam die preußische Note vom 13. October in der italienischen Frage, welche nichts weniger als eine Ueberstimmung bekundete. So lange Cherbourg besteht, so lange man in England eine Invasion fürchtet, wird die Freundschaft zwischen Frankreich und England keine aufrichtige sein; sie wird nur so lange dauern, als England keinen anderen Bundesgenossen auf dem Kontinent findet. England ist mit Frankreich verbunden, wie man sich an einen Freund hängt, um seinen Gang zu ermäßigen oder zu beschleunigen. Ein konsolidirtes Italien ist deshalb nicht zu unterschätzen, und wenn man einwendet, daß dasselbe von Frankreich abhängig sei, so ist das gerade der wirksamste Grund für mein Amendement. Italien hat — abgesehen von der Abtretung der Lombardei — von Villafranca bis Gaëta Ursache, mit Frankreich unzufrieden zu sein, und gerade durch den von Frankreich ausgeübten Druck steigt das Verlangen der Emancipation, und die nächste Gelegenheit wird benutzt werden, um den Druck abzuschütteln. Wir müssen nun durch unsere Haltung dies zu beschleunigen suchen, jedenfalls aber uns hüten, eine feindselige Stellung gegen Italien einzunehmen. Man hat einen Artikel der „Opinione" angeführt, welcher von einem Bündniß Italiens mit Frankreich zu einem Kriege gegen den Rhein spricht, nun, das wäre die Fortsetzung dessen, was der Minister durch seine Note anbahnte. Ich unterschätze nicht die „Daumschrauben," welche Italien durch Savoyen und Nizza angelegt sind, aber die Franzosen müssen doch erst über die Alpen herüberkommen, 1792 hatten sie Savoyen, aber erst 1796 wurde der große Bernhard überstiegen. — Man hat auf den Kirchenstaat als auf das Hinderniß der Einigung hingewiesen und eine Art von Solidarität behauptet. Ich erkenne dieses „Bollwerk" nicht an, fühle mich unsoweniger dazu veranlaßt, wenn ich in der letzten päpstlichen Allocution die jetzigen Zustände in Italien zum Theil auf die „unheilvolle Reformation" zurückgeführt sehe. Ich bestreite die Nothwendigkeit der weltlichen Herrschaft für die Kirche; als Laie wage ich sogar die Behauptung, daß die weltliche Herrschaft der Kirche nur zum Schaden gereiche. Man sagt: die Erhaltung Venedigs bei Oesterreich sei ein deutsches Interesse, und man müsse der Consolidirung auf diesem Punkte eine abgeneigte Haltung zeigen. Von einem deutschen Besitz Venetiens kann doch keine Rede sein, da Oesterreich nur zum 5. Theile deutsch ist und sich sonst in magyarische, polnische, böhmische &c. Nationalitäten theilt. Die relative Bedeutung des Festungs-Vierecks, über das ich mir übrigens kein militairisches Urtheil anmaße, ist geringer geworden seit der Vereinigung der neapolitanischen mit der sardinischen Flotte, welche zusammen der österreichischen weit überlegen sind. Und trotz dem Viereck hat Oesterreich nach der Schlacht bei Solferino sofort Frieden geschlossen. Auf der anderen Seite ist jener Zeit die Schwäche Oesterreichs, Venetien auf die Länge zu behaupten, deutlich zu Tage getreten, und auch die Meinung hat sich als irrthümlich erwiesen, die ich damals theilte, daß Oesterreich in jenem Landestheile, in Verona Sympathieen besäße. Das Gegentheil hat sich erwiesen. — Die Mincio-Linie habe ich allerdings, soweit ich als Laie militairisch-technische Fragen beurtheilen kann, zur Deckung Deutschlands für nöthig gehalten; indeß schon damals nur als eine relative Nothwendigkeit hervorgehoben. Seitdem haben sich die Verhältnisse sehr geändert und Oesterreich hält die Mincio-Linie selbst nicht mehr für sein Bollwerk, sondern vielmehr die Etsch-Linie. Es ist nun allerdings vorhin angeführt, daß die kommerzielle Verbindung, die durch Istrien und namentlich Triest zwischen Deutschland u. Italien bestehe, zerstört werden würde. Der geehrte Abgeordnete für Barnim (Matthis) möge doch aber, wenn er solche Befürchtungen für die Zukunft hegt, auch einen Blick auf die Vergangenheit richten. Triest hat die kommerzielle Verbindung Deutschlands und Italiens seit länger als 500 Jahren unterhalten und doch ist dieselbe nicht erschüttert worden dadurch, daß Venetien als der mächtigste Handelsstaat dastand. Italien, das geeinigte Italien, wird solche Verbindung nicht hindern, sondern eher befördern. Auch wir wünschen nicht, wie schon der Abgeordnete für Berlin (Duncker) richtig bemerkte, die Integrität des deutschen Gebiets verletzt. Ist es aber nicht ein seltsames Bekenntniß der Schwäche, wenn wir immer sagen, durch Aufopferung Venetiens werde die Kriegsgefahr herangerückt; sollten wir dies nicht abwarten? — Das Hauptmoment aber ist, daß Oesterreich gar nicht im Stande ist, Venetien gegen einen ernsthaften Angriff zu behaupten; jedenfalls bedürfte es eines bedeutenden Heeres blos, um die abgeneigte Bevölkerung Venetiens selbst niederzuhalten. Die ganze Frage reduzirt sich auf die Thatsache: Italien ohne Venedig ist auf fortdauernde Abhängigkeit von Frankreich angewiesen, enthält eine fortdauernde Kriegsgefahr für Europa, denn Italien ohne Venedig ist ein unfertiger verwundbarer Staat, der stets bemüht sein wird die Wunde zu schließen. So lange Venedig nicht mit Italien vereinigt ist, kann Oesterreich von neuem die Lombardei bedrohen. — Wir verlangen aber nun von unserer Regierung, daß sie für Oesterreichs Interesse im Voraus keinerlei Engagement eingehe. Ich erinnere an das Verhalten Oesterreichs zur Zeit des Friedens von Villafranca. Damals wollten wir Oesterreich aus der Krise befreien; um aber Preußen zu verhindern, diejenige Position einzunehmen, die es allein in den Stand setzen konnte, dies wirksam zu thun, hat es lieber mit Frankreich Frieden geschlossen und die Lombardei geopfert. Dieses ganze Verfahren — der Redner erinnert noch an die Sendung von Windischgrätz u. s. w. — beweist, wessen wir uns von Oesterreich zu versehen haben, wenn es zum Kriege mit Frankreich käme. — Die Geschichte der auswärtigen Politik Frankreichs zeigt klar, daß Frankreich überhaupt gar kein Interesse daran hat, daß Venetien an Italien komme, daß Frankreich überhaupt gar kein starkes Italien wünscht! Es wird Oesterreich die gern angenommene Hand anbieten und ihm für das linke Rheinufer den Besitz Venetiens sichern. Man sagt allerdings, vor zwei Jahren habe Herr von Rechberg die österreichische Politik beherrscht — er ist noch heute Minister des Auswärtigen —, heute sei Herr von Schmerling an dessen Stelle getreten und seitdem sei die Sachlage verändert. Die Herren, die das denken, kennen Herrn von Schmerling nicht. Ich kenne ihn von der Paulskirche her als einen sehr besonnenen, sehr kalten, ruhigen Staatsmann ohne irgend welche romantische Ausflüge, der uns ein sehr willkommener Bundesgenosse gegen den Panslavismus war, aber später sehr österreichisch wurde, als es sich um den Antagonismus Oesterreichs und Preußens handelte und diesen Standpunkt sehr entschieden vertrat. — Ich bin ganz damit einverstanden, daß dem französischen Uebergewicht, falls es sich geltend machen wollte, entschieden entgegengetreten werden muß, aber nicht blos in Italien, sondern überall, beispielsweise in Belgien. Diese Frage ist also nicht eine wesentlich italienische, sondern eine französische. Nicht Sympathien und Antipathien, nur Interessen dürfen die Politik bestimmen. — Ich will mit meinem Amendement deshalb nur in großen Zügen das hinstellen, was meiner Ansicht nach preußisches und deutsches Interesse ist. Meine Herren, ich bitte Sie, nehmen Sie mein Amendement an. (Lebhaftes Bravo von der rechten Seite.)

Minister v. Schleinitz: Nachdem der Herr Vorredner Veranlassung gefunden hat, diejenigen Thatsachen vorzuführen, welche die Anklage wegen einer tendenziösen Politik in der italienischen Frage begründen sollen, so halte ich es für meine Pflicht, diese Thatsachen auch von meinem Standpunkte aus zu beleuchten. Ich gedenke zunächst der Depesche vom 13. October, der sogenannten Koblenzer Note. Meine Herren! Diese hatte keinen andern Zweck, als einmal die preußische Regierung zu verwahren gegen die zu weit gehende und deshalb mißbräuchliche Anwendung des Nationalitätsprinzips, und sodann ihre Stellung zu bezeichnen zu gewissen Vorgängen und Ereignissen, welche sie nicht umhin konnte, als völkerrechtwidrige zu betrachten. Der Vorredner bestreitet nun die Opportunität dieser Depesche, ohne gegen den Inhalt derselben etwas einzuwenden; er meint, dieselbe hätte ungeschrieben bleiben können; ja, es wäre besser gewesen, daß sie ungeschrieben geblieben sei und daß Preußen sich nicht für berufen gehalten habe, Sardinien in dieser Weise, ich möchte sagen zu schulmeistern. Meine Herren! Ich bemerke darauf, daß die preußische Regierung schon um des Interesses willen, was Preußen als eine europäische Macht an der Aufrechterhaltung der internationalen Verträge zu nehmen hat — auf welchem doch allein die Möglichkeit der friedlichen Coexistenz unabhängiger Staaten beruht — berufen und verpflichtet gewesen wäre, sich unumwunden über das Vorgehen Sardiniens auszusprechen. Die preußische Regierung hat aber hierzu einen doppelten Grund, nämlich, daß sowohl die sardinische Regierung als die italienischen Staaten, welche sich durch jene Vorgänge für beeinträchtigt hielten, die betreffenden Thatsachen amtlich zu ihrer Kenntniß gebracht und so gewissermaßen auf ein Urtheil der preußischen Regierung provocirt hätten. Ein Schweigen wäre unter diesen Umständen einer so großen Regierung wie die preußische wenig würdig gewesen; die preußische Regierung hätte sich dem Verdachte ausgesetzt, sie sympathisire mit denjenigen Vorgängen, welche die bestehende Ordnung Italiens veränderten, oder sie besitze nicht den Muth, sich zu ihrer Meinung zu bekennnn. Mit dem Erlaß der Depesche vom 13. October war also keineswegs eine Einmischung in die italienischen Angelegenheiten beabsichtigt; sie berührte den Kern dieser Frage nicht im Mindesten, sondern bezog sich auf gewisse äußere, in zufälligem Zusammenhang stehende Vorfälle und Ereignisse, die nicht blos für Italien von großer Wichtigkeit waren, sondern in weiteren Kreisen für alle europäischen Mächte, ja für jeden unabhängigen Staat eine große allgemeine principielle Tragweite hatten. Wenn man daher in einer Note nicht so weit gehen will, um dem Grundsatze zu huldigen, daß der Zweck die Mittel heilige, daß, weil gegen die neapolitanische Regierung und die päpstliche die Mißgunst der öffentlichen Meinung sich richtet, gegen diese überhaupt ein Unrecht nicht begangen werden könnte, oder daß, weil der sardinischen Regierung die Sympathien Europa's zur Seite ständen, dieser Staat stets Recht habe, — dann vermag ich nicht einzusehen, was man gegen jenen ganz objecti-

ven Inhalt einzuwenden haben kann. (Sehr gut, sehr gut! links.) Denn auch das wird man nicht behaupten können, daß weil viel Unrecht in der Welt geschieht, weil namentlich auch gegen das Völkerrecht in älterer und neuerer Zeit viel gesündigt worden ist, eine Rüge des Unrechts überhaupt unpractisch geworden sei. Die preußische Regierung ist nicht der Ansicht; sie wird es nicht unterlassen, ihre Stimme für das Recht zu erheben, wo sie sich irgend für dazu berufen hält. Ich gelange nun zu der viel besprochenen und, wie ich glaube, in ihrer Bedeutsamkeit weit überschätzten Angelegenheit — der „Loreley". Das Thatsächliche des Hergangs ist Folgendes: In den ersten Tagen des September richtete der König von Neapel an den diesseitigen Gesandten das Gesuch, von einer bevorstehenden Fahrt dieses Schiffes nach Messina Gebrauch machen zu können, ein Schreiben an den Kommandanten von Messina gelangen zu lassen. Der Herr Gesandte hielt sich nicht für ermächtigt, ohne höhere Genehmigung diesem Gesuch zu willfahren. Er richtete daher eine telegraphische Depesche hierher, und erhielt ebenso die Anweisung, daß er das Ersuchen des Königs in freundlicher und schonender Weise abzulehnen habe. Dabei war das Motiv maßgebend, daß die preußischen in den neapolitanischen Gewässern befindlichen Schiffe lediglich zum Schutz der preußischen Interessen und Unterthanen dort kreuzten, und daß sie diesem Zwecke in keiner Weise entzogen und entfremdet werden dürften. Die Unterbrechung der Telegraphenlinien verzögerte den Lauf der beiderseitigen Depeschen, während der König gegen den Gesandten sein Gesuch dringender wiederholte. Der Herr Gesandte gab ihm endlich nach, da er aus der Verzögerung der Antwort annehmen zu können glaubte, die Regierung wünsche eine Ablehnung nicht. (Widerspruch in der Versammlung.) Meine Herren! Diese Auffassung des Herrn Gesandten rechtfertigt sich noch durch besondere Umstände. Die Communication der Citadelle von Messina war damals noch völlig frei mit dem Meere und also auch mit Gaëta, ja es gingen militairische und Munitions-Expeditionen von Gaëta nach Messina und umgekehrt. Konnte unter solchen Umständen die Beförderung eines bloßen Briefes nach Messina erheblichen Anstoß erregen? Ueberdies machte der Herr Gesandte es dem Befehlshaber der „Lorelei", Capitain Kuhn zur Pflicht, sich der Beförderung des Briefes an seine Adresse nur zu unterziehen, wenn er an Ort und Stelle die Ueberzeugung gewänne, daß es ohne Gefahr und Nachtheil für die preußische Flagge geschehen könne. Dieser glaubte an Ort und Stelle es so zu finden, und entledigte sich des Auftrags in der loyalsten Absicht. Wenn behauptet worden ist, daß die Citadelle von Messina auf dem Punkte gestanden habe, zu capituliren, und davon nur in Folge des überbrachten Königl. Schreibens zurückgetreten sei, so ist das thatsächlich unrichtig; denn kurz vorher war eine milit. Expedition von Messina in Gaëta eingetroffen, welche die Versicherung der unverbrüchlichen Treue der Besatzung und des Entschlusses sich bis aufs Aeußerste zu vertheidigen, dem Könige überbrachte. Wenn der Herr Vorredner erklärt hat, das Verfahren des Herrn Gesandten hätte mindestens gemißbilligt werden müssen, und die Frage aufgeworfen hat, was denn überhaupt in Betreff des vorgefallenen Mißverständnisses veranlaßt worden sei, so handelt es sich hier um ein internum der Verwaltung, worüber die Regierung Rechenschaft abzulegen nicht schuldig ist. Der Herr Vorredner hat bedauert, daß dem Lande nicht früher durch die Presse Aufschluß gegeben worden sei. Ob die Regierung in dieser Beziehung richtig oder unrichtig gehandelt, will ich dahingestellt sein lassen. Ich kann es um so weniger bedauern, da mir dieser Umstand die große Genugthuung bereitete, dem Herrn Vorredner zum ersten Male etwas mittheilen zu können, was er nicht schon längst in den Zeitungen gelesen hat. (Große Heiterkeit.) Meine Herren, endlich ist auch der Schritt auf das entschiedenste gemißbilligt worden, den die königliche Regierung ihrerseits bei dem Pariser Kabinet zu dem Zwecke gethan, um dem Könige von Neapel den Schutz der französischen Flotte noch länger zu erhalten. Dieser Schutz war ihm ohne eigenes Zuthun von der französischen Regierung bereits gewährt worden und die Entziehung desselben wäre sehr hart gewesen, als nicht blos seine politische Lage eine sehr schwierige, sondern seine eigene persönliche Sicherheit, sowie die seiner Familie gefährdet erschien. Lediglich aus diesem Gesichtspunkte haben wir uns für das Verbleiben der französischen Flotte vor Gaëta in Paris verwenden zu müssen geglaubt. Etwas für die preußische Regierung Herabwürdigendes kann aber um so weniger darin gefunden werden, als derselbe Schritt von zwei anderen Großmächten gethan worden ist, und auch in anderen Fällen Preußen zu ähnlichen Dienstleistungen erbötig gewesen ist und sein würde. Es handelte sich hierbei blos um einen Akt rein menschlicher persönlicher Theilnahme, welche der tragischen Entwickelung der neapolitanischen Verhältnisse gegenüber besonders gerechtfertigt erscheint. Ich bleibe daher dabei stehen, daß die Regierung in keiner Weise von der zuwartenden beobachtenden Stellung abgewichen ist, welche sie von Anfang an einnehmen zu müssen geglaubt hat. Im Uebrigen unternehme ich es nicht, dem Herrn Vorredner in alle Einzelheiten seines umfassenden Vortrages zu folgen, in einzelnen Punkten stimme ich mit ihm überein, in anderen nicht, und verwahre ich mich hier dagegen, aus dem Uebergehen eines einzelnen Punktes auf meine Uebereinstimmung zu schließen. Der Vorredner hat namentlich auch unsere Verhältnisse zu Oesterreich speziell erwähnt. Ich will nicht in Abrede stellen die Wichtigkeit von Manchem, was er in Beziehung auf die frühere österreichische Regierung gesagt hat. Ich hätte indessen gewünscht, daß neben dem Tadel auch der Theilnahme, dem Wohlwollen gegen unsern Nachbarstaat ein Ausdruck gegeben worden wäre — in einem Augenblicke, wo sich derselbe in einer so schwierigen kritischen Lage befindet. Es würde dies nicht ohne alle Bedeutung gewesen sein. Die königliche Regierung, meine Herren, ist zu sehr von der Ueberzeugung durchdrungen, wie wichtig, ja nothwendig es ist, Oesterreich im gegenwärtigen europäischen Staatensystem zu erhalten, um nicht lebhaft zu wünschen, daß der Kaiserstaat bald den größten Schwierigkeiten seiner gegenwärtigen Lage sich entwinde, daß er auf der von ihm beschrittenen freisinnigen Bahn zu neuer lebenskräftiger, hoffnungsvoller Entwickelung sich gestalten möge. Denn eine innige Verbindung Preußens mit einem auf diese Weise regenerirten Oesterreich wird immer eine der stärksten Bürgschaften sein für die Aufrechterhaltung des deutschen Besitzstandes und des europäischen Gleichgewichtes, und beide Staaten bedürfen sich in dieser Hinsicht gegenseitig, und keine andere Combination würde dieses Verhältniß zu ersetzen vermögen. Allein eine solche Verbindung wird nur dann von einer ersprießlichen Wirksamkeit sein, wenn sie auf dem Boden vollkommener Ebenbürtigkeit steht, wenn man sich von beiden Seiten wahre Freundschaft entgegenträgt. (Sehr richtig!) Lassen Sie uns hoffen, daß auf solchen Grundlagen die Verbindung beider deutschen Großstaaten sich immer inniger und dauernder gestalten möge. Der Herr Vorredner hat mit sehr großem Recht das entschiedenste Gewicht auf ein möglichst inniges Verhalten mit England gelegt; ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß England einer Verbindung mit Preußen dieselbe hohe Bedeutung nur dann beizulegen geneigt sein dürfte, wenn die Verbindung zugleich mit dem gesammten Deutschland einträte, wenn nicht der Dualismus der beiden Großstaaten das Gewicht dieses großen Landes in ganz Europa gänzlich neutralisirte. Ich komme nun noch einmal auf Venetien zurück. Es ist die Frage aufgeworfen, ob Preußen für den Besitz Venetiens seine Militairmacht in die Wagschale legen würde. Diese Frage tritt, wie ich vorher ausgeführt habe, für jetzt und vielleicht für alle Zukunft nicht nahe an uns heran. Wir können aber keine Erklärung für die Zukunft im Voraus über diejenigen Entschlüsse abgeben, welche Preußen fassen kann und wird, nur das will ich erklären, daß Preußen in Beziehung auf diese Frage nach keiner Seite hin eine bindende Verpflichtung übernommen hat. (Bravo!)

Herr **Reichensperger** (Köln). Nachdem der Redner zunächst an der Rede des Abgeordneten für Hagen (v. Vincke) anerkennt, daß sie dem Herrn Minister des Auswärtigen Anlaß gegeben habe, Aeußerungen über die Stellung der preußischen Staatsregierung zu Italien und zu den Großmächten in ihrem Verhältniß zu diesem Lande zu thun, die gewiß manche unrichtige Auffassung hierüber berichtigen werde, geht er speciell auf die meisten Aufstellungen und Ausführungen des Vorredners näher ein, indem er fast durchweg jenem entgegengesetzte Ansichten vertheidigt, ohne Neues zu diesen vielbesprochenen italienischen Angelegenheiten beizubringen.

Der Herr **Berichterstatter** erkennt an, daß, wenn man auch Sympathie für den gegenwärtigen italienischen Gestaltungsprozeß habe, man doch nicht so weit gehen dürfe, dieser in einer Adresse an Se. Maj. Ausdruck zu geben. Mit Herrn v. Vincke erklärt der Redner sich darin einverstanden, daß Preußen zum Dienste Oesterreichs Nichts, im Interesse Deutschlands aber Viel thue. Venetien habe höchstens ein sehr mittelbares Interesse für Deutschland, das sei ein Urtheil, dem selbst höhere Militärs zustimmend sich geäußert. Die Erklärung des Herrn Ministers des Auswärtigen, daß Preußen nach keiner Seite engagirt sei, schließe nicht aus, daß, wenn eine erhebliche Aenderung in der gegenwärtigen Lage der italienischen Verhältnisse eintrete, Preußen auch die Freiheit habe, sich zu denselben bestimmen zu können. Liege nun keine Nothwendigkeit für Annahme eines der gestellten Amendements vor, so sei dies noch weniger der Fall dafür, ihnen Ausdruck in der Adresse zu geben.

Die Abstimmung erfolgt. Das **Vincke**'sche Amendement: „der fortschreitenden Consolidirung Italiens entgegenzutreten, erachten wir weder im preußischen, noch im deutschen Interesse" (zu Gunsten dessen der Abgeordnete v. Vincke sein erstes positives Amendement zurückgezogen hat) kommt zuerst zur Abstimmung. Bei Aufstehen und Sitzenbleiben ist das Resultat zweifelhaft; man nimmt deshalb **Zählung** vor. Es haben gestanden (für das Amendement) 156, gesessen 142. Das Amendement ist sonach mit einer Mehrheit von weniger als 15 Stimmen **angenommen**. Es haben mit der Majorität gestimmt fast die ganze Fraction Vincke, einige Mitglieder der Fraction Mathis und die Polen. Dagegen die Fractionen der jetzigen Linken, die Fractionen Reichensperger und Mathis, der Abgeordnete v. Berg. Bei der Zählung geben die Minister, die sich **gegen** das Amendement erhoben hatten, die Erklärung ab, sie enthalten sich der Abstimmung. — Nach der Geschäftsordnung ist bei einer Mehrheit von weniger als 15 Stimmen **Namensaufruf** zulässig. Derselbe wird von mehreren Seiten beantragt, unter anderen vom Abg. v. Vincke (Hagen). Der **Namensaufruf** ergiebt die **Annahme** des Amendements mit 159 gegen 146 Stimmen. Es stimmen unter anderen dagegen: v. Auerswald (Rosenberg), v. Bardeleben, v. Berg, v. Brandt, Bürgers, v. Fock, Falk, Gellern, v. Gruner, Hahn, Hartmann, Hasenclever, Hoffmann, Kühne (Berlin und Erfurt), Kruse, beide Mathis, v. Rosenberg-Lipinski, Schellwitz, v. Schleinitz (Chodziesen), Schmückert, Solemacher, de Syo, Tamnau, v. Saucken-Julienfelde, Simson, Duncker (Neustettin). Die Minister enthalten sich der Abstimmung.

Für das Amendement stimmten unter Andern die Abgeordn. Allnoch, v. Ammon, Anker, André, Assig, Aßmann, v. Bargen, Behrend, v. Below, v. Benda, v. Bentkowski, v. Berger, v. Bethmann-Hollweg (Wolmirstädt) und (Bromberg), v. Beughem, v. Bockum-Dolffs, Borsche, Braemer, Buschmann, v. Carlowitz, v. Chlapowski, Graf Czieskowski, Delius, v. Diederichs, Diesterweg, Dihm, Dohrn, Dunker (Berlin), Graf Dzialinsky, v. Eckardsstein, Dr. Eckstein, Fliegel, v. Forckenbeck, Frech, Frehser, Fubel, Gabke, Gamradt, v. Gersdorff, Götz, Gortzitza, Grabow, Gräser, Grober, Grüttner, Grundmann, Gaebler, Harkort, Hartmann, Hermann, Hinrichs, Housselle, Frh. v. Hoverbeck, J. v. Wangelin, Immermann, Jordan, Jüngken, Karsten, v. Kathen, Kautz, Kießling, Klose, Klotz, Knoevenagel, Krantz, Krause, Kreuz, Krieger, v. Kries, Kuhlwein, Larz, Lette, Dr. Liebelt, Lietz, v. Lyskowski, Maquet, Martens, Maske, Mathis, Mende, Metzke, Metzmacher, Metzhöffer, Möller, Morgen, Müller (Mansfeld, Creuzburg und Demmin), Müller (Trier), Münzer, Natorp, Naumann, Neide, Nemitz, v. Niegolewski, Nitschke, Otton, Overweg, Pannier, Pape, Paur, Pavelt, Peterson, Piper, Pieschel, Pilaski, Pinder, Plater, v. Puttkammer, Quassowski, Reich, Reichenheim, Reimer, Remy, Reusch, Richter, v. Richthofen, Riedel, Ritter, Rüchling, v. Rönne, v. Saenger, Sartorius, v. Sauken, Schallehn, Schenkel, Schöller, Schönemann, Schulz, Schwarz, Sello, Senf, Seubert, Siegfried, v. Stablewski, Stavenhagen, v. Stockhausen, Taddel, Techow, Willich, v. Zoltowski.

Durch diese Abstimmnng ist das Amendement Berg erledigt Al. 12 wird nun im Ganzen angenommen.

Ferner geben wir nachstehend aus den Verhandlungen derselben Sitzung die Rede des Justizministers v. **Bernuth** bei Gelegenheit der Verhandlung über Al. 8. der Adresse (erhöhte Thätigkeit der Gesetzgebung):

Justizminister v. **Bernuth**. Meine Herren, die Staatsregierung hat zwar in Bezug auf die jetzt zur Diskussion gelangenden Alineas 8 und 9 keine Veranlassung, irgend wie dem Ausdruck des Adreßentwurfes entgegen zu treten. In dem 8. Alinea ist der Wunsch nach einer erhöhten Thätigkeit der Gesetzgebung zunächst behufs Ausbaues der Verfassung ausgesprochen. Meine Herren, die Gesetzentwürfe betreffend das Eherecht und die Regulirung der Grundsteuer fallen in gewisser Beziehung auf dieses Gebiet. Die Staatsregierung ist aber außerdem mit eingehenden legislativen Vorbereitungen zum Zweck verfassungsmäßig gesetzlicher Regulirung verschiedener Institutionen beschäftigt, welche in die realen Verhältnisse des Staatslebens nach verschiedenen Richtungen eingreifen. Zum Abschluß sind sie natürlich noch nicht gediehen. Ich erinnere daran, daß der Moment, als mir die Ehre zu Theil wurde, Mitglied der Staatsregierung zu werden, fast zusammenfiel mit dem Moment, als die Landesvertretung sich um den Thron versammelte. Die Schwierigkeit einer solchen Situation ist selbstverständlich. Ich bin bemüht gewesen, den legislativen Arbeiten die irgend mögliche Förderung zu Theil werden zu lassen. (Beifall.) Der Herr Berichterstatter hat bereits früher in Betreff der Abgrenzung der Justiz von der Verwaltung bemerkt, daß es sich namentlich darum handle, den Rechtsweg in erweitertem Maße als bisher zuzulassen und die Erhebung von Competenzconflicten zu beschränken. Es handelt sich hierbei um das Gesetz vom 14. Februar 1844 über die Verfolgung von Beamten wegen Amtshandlungen. Dieser Gegenstand unterliegt bereits seit meinem Vorgänger einer eingehenden Bearbeitung; wegen der vielen practischen Schwierigkeiten kann ich jedoch den Zeitpunkt noch nicht bezeichnen, wann die Vorschläge der Regierung den beiden Factoren der Gesetzgebung vorgelegt werden können. Der Antrag des Abg. von Ammon und Gen., der vor zwei Tagen hier eingebracht ist, stimmt wesentlich mit den Intentionen der Regierung überein. Noch andere Gegenstände der Gesetzgebung werden soviel als möglich zu Gesetz-Entwürfen vorbereitet. Es steht die Regulirung des Hypothekenwesens im Bezirk des Appellationsgerichts von Köln bevor. Hieran werden sich auch legislative Arbeiten über das Hypothekenwesen auch der anderen Theile der Monarchie anschließen. Manches von dem, was man übrigens gegen die bestehende Hypotheken-Verfassung anführt, entbehrt der Begründung. Man erwartet eine Abhilfe für den Real-Kredit von legislativen Aenderungen, obgleich die Förderungsmittel wesentlich auf anderen Gebieten zu suchen sein dürften. (Ruf! Sehr richtig!) Ich werde ferner bemüht sein, für eine möglichst prompte Rechtshilfe zu sorgen, insbesondere die Subhastations-Ordnung fortbilden. Noch bedeutsamer sind die Vorbereitungen für Abänderungen der Civil- und Strafprozeß-Ordnung. Der Zustand der ersteren wird mit Recht nach vielen Beziehungen ein unerträglicher genannt. Meine Herren, ich blicke ferner gleich auf den Inhalt des Alinea 9. Die Commission hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Staatsregierung eine größere Rechtseinheit des deutschen Volkes anbahne. Diesem Satze versagt die Staatsregierung in keiner Weise ihre Zustimmung. Ich darf Sie nur hinweisen nach den großen Arbeiten der Commission in Nürnberg. In naher Zeit gehen wir dem Abschluß jener Arbeiten entgegen. Die preußische Regierung ist bemüht, die gemeinsamen deutschen Interessen, namentlich auch eine gemeinsame deutsche Civilgesetzgebung kräftigst zu befördern. (Bravo!) Der Gegenstand ist aber ein so schwieriger, daß die Lösung der einschlagenden Aufgabe die besten Kräfte erfordert. Aber, meine Herren, ich hoffe, daß ein Spruch, den ich Andern gegenüber anzuwenden pflege, auch in Betreff meiner bevorstehenden Thätigkeit wird Anwendung finden: „ut desint vires, tamen est laudanda voluntas!" An dem guten Willen soll es nicht fehlen, den wohl und fest begründeten Ruf preußischer Justiz- und Rechtspflege zu erhalten und zu befördern.

Heinrich Simon's Denkmal.

Die Zeitungen haben den Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für Heinrich Simon gebracht. Zweck dieser Zeilen ist es, die Förderung dieses Unternehmens dem deutschen Volke dringend ans Herz zu legen.

Wer die Geschichte der letzten 20 Jahre kennt, kennt die Ansprüche, die der Dahingeschiedene auf die Dankbarkeit seiner Mitbürger erworben. Es genügt, daran zu erinnern, daß 1844 — bei dem Wiedererwachen des politischen Bewußtseins — Heinrich Simon der erste war, der für die Unabhängigkeit des preußischen Richterstandes in die Schranken trat; — daß er — wenige Jahre darauf — mit seltenem Bürgermuth dem preußischen Volke das Recht auf Repräsentativ-Verfassung wahrte; — daß seine Wirksamkeit im deutschen Parlament ihm nicht nur die Liebe der Gesinnungsgenossen, sondern — was bei der leidenschaftlichen Erregtheit des damaligen Parteikampfes nicht hoch genug anzuschlagen — die volle Achtung seiner politischen Gegner errang; — daß endlich — in der Verbannung noch — seine warme Vaterlandsliebe, sein unermüdlicher Eifer für Deutschlands Einheit und Größe auf wahrhaft rührende Weise sich kundgab.

So war Heinrich Simon lange Jahre hindurch ein treuer, begeisterter Arbeiter an dem Bau staatlicher Freiheit, dem vollkommensten Werke menschlicher Schöpfung. —

Das plötzliche Dahinscheiden des jugendkräftigen Mannes hat überall die innigste Trauer, die schmerzlichste Theilnahme erregt. Die Schweizergemeinde Murg, von gleichem Gefühle beseelt, hat von dem wenigen urbaren Lande, das sie besitzt, dem Fremdling einen Ehrenplatz zur Denkmalstätte eingeräumt*), — ein Vorgang fast ohne Beispiel, Mahnung zugleich dem deutschen Bruderstamme! Ehrensache ist es nunmehr, auf dem von Schweizern geschenkten Boden dem Manne, der für uns gekämpft und gelitten, ein würdiges Denkmal zu setzen. — —

Nicht um eine persönliche Ehrenbezeugung nur, nicht um eine bloße Pflichtleistung der Dankbarkeit handelt es sich, — das Unternehmen, zu dessen Unterstützung wir auffordern, hat eine höhere, allgemeine Bedeutung. Heinrich Simon, der Hort richterlicher Unabhängigkeit, ist auch der reinste und würdigste Repräsentant des politischen Aufschwungs der Jahre 1848 und 1849. Die Errichtung eines Denkmals für ihn ist zugleich eine laute Anerkennung der großartigen Volkserhebung von 1848, — ein offener Protest gegen die 10jähr., dem begeisterten Freiheitsstreben hohnsprechende Reaction, — es ist endlich eine Mahnung an das Volk, seine besten Männer, die sich im Elend verzehren, zu Nutz und Frommen des Vaterlandes zurückzurufen.

Nicht einem einzelnen Kämpfer die letzte schmerzliche Huldigung darzubringen, — es gilt den Freiheitsbestrebungen der deutschen Nation die gebührende Anerkennung zu zollen.

In diesem Sinne fordere ich meine Mitbürger auf, durch zahlreiche Beiträge sich an dem patriotischen Werk zu betheiligen. Berlin, Breslau, Königsberg haben Sammlungen zu dem Zwecke veranstaltet; mögen die andern Städte des Landes nicht zurückstehen! Wer den Werth staatlicher Freiheit, den Werth des freien Mannes zu schätzen weiß, steuere sein Scherflein bei, in dem Andenken Heinrich Simons das deutsche Volk und sich selbst zu ehren! —

Königsberg, im Januar 1861. Dr. Johann Jacoby.

*) Die Abschrift der Ehrenschenkungs-Urkunde ist dem Comité für Errichtung des Denkmals übergeben.

Produkten-Märkte.

Königsberg, 7. Februar. (K. H. Z.) W.: S. + 4½. **Weizen** behauptet, hochbunter 122—25 ℔ 91—96 Sgr., bunter 124—25 ℔ 89 Sgr., rother 130 ℔ 96 Sgr. bez. — Roggen in fester Haltung, loco 117—119—121—25 ℔ 48½—50—51½—57 Sgr. bez., Termine angenehm, pr. Frühjahr 80 ℔ 55½ Sgr. Br. und bez., 54½ Sgr. Gd., pr. Mai-Juni 120 ℔ 54½ Sgr. Br., 54 Sgr. bez., 53½ Sgr. Gd. — Gerste besser zu lassen, kleine 90—98 ℔ 34½—39 Sgr. bez. — Hafer stille, loco 60—73 ℔ 20—27½ Sgr. bez., pr. Frühjahr 50 ℔ 30 Sgr. Br., 29 Sgr. Gd. — Erbsen weiße Koch- 59—62 Sgr., weiße Futter- 52—56 Sgr., graue 58 Sgr. bez. — Bohnen 53—66 Sgr. bez. — Wicken 48 Sgr. bez. — Kleesaat rothe 12—13 Rt. pr. Ct. bez. — Timotheum 9—9½ Rt. pr. Ct. bez. — Leinöl 10⅔ Rt. pr. Ct. Br., 10 7/12 Rt. bez. — Rüböl 12⅛ Rt. Br. und bez. — Leinkuchen pr. Frühjahr 72 Sgr. pr. Ct. bez.

Spiritus den 7. Februar loco Verkäufer 22½ Rt. und Käufer 21⅞ Rt. ohne Faß; loco Verkäufer 23 Rt. und Käufer 22½ Rt. mit Faß; pr. Februar Verkäufer 23½ Rt. mit Faß; pr. Frühjahr Verkäufer 23½ Rt. und Käufer 23 Rt. mit Faß. Alles pr. 8000 % Tr.

Verantwortlicher Redacteur: Heinr. Rickert in Danzig.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.